

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

145 (25.6.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelblichen Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, der bei Nichtzahlung der Zahlungsscheine, bei geschäftlicher Unterbrechung und bei Ausfall der Druckkraft tritt o. Geschäftsveränderung in Karlsruhe L. D. o. Schilling der Anzeigen-Entnahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ohne Zustellung 2.20 Mark o. Durch die Post 2.50 Mark o. Einjahreslauf 15 Pfennig o. Geschäftsamt monatlich vorwärts 11 Uhr o. Postfachkonto 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Weststraße 28 o. Januar 1930 und 7021 o. Postfach-Büro: Karlsruhe, Hauptstraße 9; D.-Boden, Jagdhausstraße 12; Tübingen, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 145 Karlsruhe, Mittwoch, den 25. Juni 1930 50. Jahrgang

Dietrich als Finanzminister bereit

Sanierungsvorschläge in einem Ermächtigungsgesetz / Volksparteiliches Krisentreiben / Schwere Krise ringsum

Man hat sehr gut daran, all den Gerüchten, die im Lauf des Dienstag, über die Lösung der Krise aufzutauchen, sehr mißtrauisch gegenüber zu stehen. Aber zum Schluß haben sich doch aus dem vielfältigen Gerede positive Anhaltspunkte für die Kenntnis der Regierungspläne ergeben.

Zunächst: Herr Dietrich ist grundsätzlich entschlossen, trotz der von seiner Fraktion gehegten Bedenken, das Amt des Reichsfinanzministers zu übernehmen. Seine Vorbedingung ist nur die, daß das Kabinett seinen Finanzreformprojekten zustimmt, doch auch diese Zustimmung scheint sicher, obwohl die Deutsche Volkspartei dem Reichskanzler von ihrer ablehnenden Haltung Mitteilung gemacht hat, und man infolgedessen vorläufig nicht weiß, ob sie nicht möglicherweise noch ihren letzten Minister Dr. Curtius aus der Reichsregierung zurückzieht.

Die Vorschläge Dietrichs haben in der Hauptsache folgenden Inhalt:

Dietrich will zunächst nicht das ganze Defizit von 750 Millionen Mark decken, sondern sich in der Hauptsache auf die Sanierung der Arbeitslosenversicherung beschränken. Zu diesem Zweck ist er entschlossen, sich die bisherigen Pläne des Kabinetts im großen und ganzen zu eigen zu machen (Erhöhung der Beiträge, Abbau der Leistungen, Einkürfungen bei der Krankenversicherung). Außerdem beabsichtigt er einen allgemeinen Prozentsatz der Steuererlöse auf die höheren Einkommen von über 8000 Mark zu legen, und ein 2-prozentiges Notopfer von den Beamten zu fordern. Daneben soll die Scharfversteuere, die auch in den sozialdemokratischen Kreislagen angesetzt wurde, in Kraft treten und es scheint nur noch unklar, ob die einzelnen Beiträge den Gemeinden verbleiben oder der Staatskasse zueinführen werden sollen. Auch von einer Aktion zur Preisherabsetzung durch Währungsänderung der Kartellgesetzgebung ist die Rede, und schließlich sollen Ersparnisse von 100 bis 120 Millionen Mark im Etat vorgenommen werden.

Diese Vorschläge scheinen so ungefähr das Programm zu sein, der Regierung nahestehende Kreise verfolgen, daß das Kabinett ohne Rücksicht auf die möglichen Konsequenzen zu diesem Programm stehen werde. Nun sind ähnliche Erklärungen von diesem Kabinett ja schon oft genug abgegeben worden. Aber es steht fast so aus, als ob diesmal ernst gemacht werden sollte, und man geht auch bereits über den einfachen Schwur energischer zu werden, hinaus. Angesichts der Haltung der Deutschen Volkspartei glaubt die Regierung nicht mehr an die Möglichkeit einer Erhebung ihrer Vorschläge auf dem geordneten parlamentarischen Weg. Sie will ihre Entwürfe in einem Ermächtigungsgesetz zusammenfassen und da sie mit dem Zustandekommen einer Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz noch weniger rechnen kann, droht sie mit dem Artikel 48, der zunächst ohne vorherige Auflösung des Reichstages in Anwendung gebracht werden sollte. Erst wenn eine Majorität des Parlaments von dem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen, die Auflösung auch wegen der im Artikel 48 getroffenen Maßnahmen fordern sollte, will man den Reichstag nach Hause schicken, und Neuwahlen ausgeschrieben.

Möglich, daß sich an dieser Situationszeichnung noch mancherlei ändert. Inzwischen aber, so telefoniert uns der sozialdemokratische Pressedienst dazu, zeichnen sich die Absichten des Kabinetts Brünning durch eine Kühnheit aus, die schließlich auch von einer Verletzung der Verfassung nicht zurückzuführen, denn es ist nach unserer Meinung eine Verletzung der Verfassung, Steuern mit Hilfe des Artikels 48 anzuordnen und es ist ein mindestens ebenso schwerer Verstoß gegen sie, das Parlament aufzulösen, wenn es die diktatorischen Verordnungen rückgängig machen will. Wir stehen also vor großen Konflikten und können nur hoffen, daß es wieder in erster Linie die Deutsche Volkspartei ist, die eine Situation heraufbeschwören will, in der die parlamentarische Demokratie den denkbar schwersten Gefährdungen ausgesetzt ist.

Das Verhalten der Deutschen Volkspartei in dieser hochpolitischen Situation in Verbindung mit den Vorgängen bei den Besprechungen zwischen dem Unternehmervertreter und den Gewerkschaften zeigen, daß der Augenblick gekommen ist, in dem das Scharfmachertum zu einem großen Schlag gegen die Arbeiterklasse ausholt. Auch die Germania muß an Hand des Verhaltens der Deutschen Volkspartei zur Regierungskrise im Anschluß an eine Sitzung der Zentrumsfraktion erklären, es wird immer deutlicher sichtbar, daß der schwerindustrielle Flügel der Deutschen Volkspartei das Heft völlig in der Hand hat; dieser Gruppe kommt es nicht auf die eine Gestaltung des Defizitprogramms an, sondern sie holt weit aus, um den Schlag der dem Arbeitsfrieden dienenden Einrichtungen zu befechtigen.

Man steht aus all diesen Vorgängen überdeutlich, daß das Unternehmertum und seine parlamentarischen Vertreter sich mit aller Kraft zu einem Vorstoß gegen den

Lebensstandard der Arbeiterschaft ansieht, dem zu begegnen die Sozialdemokratie all ihre Kräfte aufbieten wird.

Reichskanzler beim Reichspräsidenten

Ergebnis der Kabinettsitzung und volksparteilicher Wunschzettel

Berlin, 25. Juni. (Funkdienst.) Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beriet am Dienstag bis in die Nachtstunden unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning über die gesamte politische Lage. Die Verhandlungen wurden am Mittwoch nachmittags zum Abschluß gebracht. Am Donnerstag früh wird sich der Reichskanzler zum Reichspräsidenten nach Meiberg begeben, um über die Beschlüsse des Kabinetts Bericht zu erstatten. Nach Rückkehr des Reichskanzlers wird alsdann am Freitag das Reichskabinett seine Entscheidungen bekanntgeben.

Die Sitzung des Kabinetts dauerte bis gegen 1 Uhr nachts. Es wurde beschlossen, trotz des Einpruchs der Deutschen Volkspartei bei dem Notopfer, wenn auch in veränderter Form, zu bleiben. Außerdem sind das Kabinett nochmals den größten Teil der Staatspositionen durch und befristet Abträge an fünfjährigen Staatsanleihen von mindestens 100 Millionen Mark. Darüber hinaus hat sich das Kabinett auch bereit, den von dem Reichswirtschaftsminister vorgeschlagenen Gedanken eines Zuschlages von 5 vom Hundert zur Einkommensteuer für Einkommen, die nicht aus Gehalt und Lohn fließen, zu eigen gemacht.

Der Reichskanzler ist entschlossen, zu bleiben und zwar selbst für den Fall, daß die Deutsche Volkspartei heute ihren Austritt aus der Regierung vollziehen sollte. Dietrich ist entschlossen, das Amt als Reichsfinanzminister auch ohne die Zustimmung seiner Fraktion anzunehmen. Wie es heißt, und wie aus dem Differenzieren zwischen Regierung und Volkspartei in der Tat seit gestern abend sehr hervorgeht, als geheimer gemordet sein, so daß Herr Brüning — der einzige Defizit — vorläufig noch an die Stabilität seiner Regierung in dieser Zusammenfassung glaubt.

Die Regierungsparteien haben währenddessen im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Verlängerung des Notopfers um einen weiteren Monat, also bis zum 31. Juli eingebracht.

Die Wünsche der Deutschen Volkspartei an die Reichsregierung werden in der heutigen Morgenausgabe der Deutschen Allgemeinen Zeitung näher umschrieben. Danach fordert die Volkspartei: Falllassen des Notopfers, Erparnisse und Ausgabenreduzierungen in Höhe von zusammen etwa 260 Millionen, nämlich 125 Millionen Abträge an den Sachausgaben des Etats und 5 Prozent Herabsetzung der Länderüberweisungen. Zum Ausgleich soll den Ländern die Möglichkeit zur Erhebung einer „Bürgerabgabe“ gewährt werden. Eine größere Summe will sie durch die Besteuerung der öffentlichen Betriebe erschlossen wissen. Auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung wird nur eine Prozentige Beitragserhöhung empfohlen. — Ein echt volksparteilicher Wunschzettel.

Verarbeitende Industrie protestiert gegen deutsche Handelspolitik

Der Reichsbund der Deutschen Metallwarenindustrie veröffentlicht eine Darstellung des von ihm begründeten deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens („Das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen und die deutsche Metallwaren-Industrie“, Selbstverlag des Reichsbundes der Deutschen Metallwarenindustrie e. V., Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 21), in der er die Bilanz des unsinnigen deutsch-polnischen Handelskrieges zieht und gegen die Art und Weise, wie bei uns Handelsvertragsverhandlungen geführt werden, scharfe Anklage erhebt.

Der Reichsbund wendet sich vor allem gegen das Einbringen der großindustriellen Interessenten in die handelspolitischen Verhandlungen, die Sache des Staates sind. Er schreibt dazu: „Der Verlauf der deutsch-polnischen Verhandlungen zeigte immer deutlicher, daß in der Hauptsache nur die Interessen der deutschen und polnischen Landwirtschaft und der deutschen Schwerindustrie Berücksichtigung fanden. — Eine Sonderstellung gelang es auch der deutschen Maschinen- und Elektroindustrie — sie konnte durch Sonderverhandlungen in Polen besondere Zugeständnisse erreichen — zu erringen. Den Wünschen der deutschen verarbeitenden Industrie wurde, wie bei allen bisherigen Verhandlungen, nicht Rechnung getragen.“

Wir haben diese Interessenlosigkeit von den Handelsvertragsverhandlungen schon öfters kritisiert und können den Standpunkt des Reichsbundes nur unterstützen.

Abgebrochene Spitzenverhandlungen

Die Gewerkschaften stellen Vertrauensmißbrauch durch das Unternehmertum fest

Die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber über die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit werden nach einer am Dienstag getroffenen Vereinbarung in den Reichswirtschaftsrat verlegt. Ein weiteres Verhandeln in der bisherigen Form halten die Vertreter des RWB für unzweckmäßig. Die Gründe hierfür bringen die Vertreter der Gewerkschaften in folgender Erklärung zum Ausdruck:

„Die Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und der Gewerkschaften sind ausgegangen von dem Gedanken für die Erwerbslosen in Gestalt einer Sonderbewandlung an die Arbeitslosenversicherung Hilfe zu bringen. Diesen Gedanken haben wir lebhaft begrüßt. Ferner sollte in gemeinsamer Aussprache festgestellt werden, welche Ursachen der Arbeitslosigkeit auszurunden liegen und es sollte versucht werden, Wege zu finden, die aus der Wirtschaftskrise herauszuführen. Die Senkung der Selbstkosten der Produktion sollte hierbei im Vordergrund der Beratungen stehen. Des weiteren sollte die Senkung der Ausgaben der Haushalte von Reich und Ländern und damit die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten besprochen werden. Wir erklärten uns bereit, an der Senkung der Selbstkosten der Produktion mitzuarbeiten unter der Voraussetzung, daß die Preise gesenkt, die überhöhten Gewinnspannen im Handel vermindert und die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht geschmälert, sondern in der Folge erhöht werde. Dieser ursprüngliche Plan ist jetzt illusorisch gemacht durch die Entscheidung der Konferenz des Unternehmertums vom 3. Juni, die zu einer Neuformulierung des Standpunktes des Unternehmertums führt. Diese neuformulierte Erklärung bedeutet eine Verschönerung der Verhandlungsbasis und wurde dadurch für die Gewerkschaftsvertreter unannehmbar.“

Aber auch eine von den Gewerkschaften als gemeinsame Erklärung vorgeschlagene neue Formulierung wurde von den Unternehmertumsvertretern als unannehmbar bezeichnet. Einer gemeinsamen Erklärung war dadurch der Boden entzogen.

Ein Versuch weiterer Verhandlungen über einzelne Fragen wäre vielleicht nicht ohne Erfolg geblieben, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gemacht und als deren Ergebnisse bemerkt wurden, als erstes, die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs von Deenhausen, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaues in der Schwerindustrie machte, ferner die Anträge der politischen Vertretung des Unternehmertums im Reichstag, der Deutschen Volkspartei, die auf den Lohnabbau hinstreben. Nicht minder muß es im höchsten Grad verwundern, daß der Vorsitzende des Auf-

sichtsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Herr von Siemens, ungeachtet der Verhandlungen der Spitzenverbände sich mit Schreiben an die Reichsregierung gewandt hat, in dem unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn unmissverständlich ein Lohn- und Gehaltsabbau bei der Reichsbahn gefordert wird um Tarif-erhöhungen zu vermeiden. Wenn ein solches Unternehmen Vertreter für ein öffentliches Unternehmen im Augenblick der Verhandlungen der Spitzenverbände solche Vorschläge machen, so hindert damit die Ansichten auf erfolgreiche Weiterverhandlungen unmöglich.

Die Massenklindlungen in der nordwestlichen Gruppe deuten gleichfalls darauf hin, daß mit einer dem Wohle von Volk und Wirtschaft dienenden Fortsetzung der Verhandlungen nicht gerechnet werden kann. Dazu kommt noch die Nachricht, daß die Firma Krupp in Essen, trotz des Deenhausener Schiedspruchs den Antrag auf Entlassung von 7 Prozent ihrer Belegschaft stellen, also trotz Lohn- und Preisabbau die Arbeitslosigkeit noch erheblich vermehren will. Durch die alarmierenden Mitteilungen der Presse, die den Zweck der gemeinsamen Verhandlungen häufig entstellen, ist eine Atmosphäre geschaffen, die kein Vertrauen in der breiten Öffentlichkeit mitbringt. Wir halten es daher nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, weil die psychologische Voraussetzung eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben sind.“

Die Vertreter der Arbeitgeber konnten sich dem Eindruck der Schwierigkeiten, die den weiteren Verhandlungen entgegenstehen, nicht entziehen, waren aber der Meinung, daß es zweckmäßig sei, die Frage der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit weiterzubehandeln. Man einigte sich schließlich auf folgenden Bes:

„Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei der Fortsetzung ihrer Verhandlungen über die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, daß es notwendig sei, diese Frage im vorläufigen Reichswirtschaftsrat zu erörtern. Die dazu erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet.“

Das eine Fortsetzung der Besprechungen im Reichswirtschaftsrat nicht die Bedeutung schafft, wie direkte Verhandlungen, liegt auf der Hand. Wer die Verständigungsmöglichkeiten zerschlagen hat, ist ebenfalls klar: Die Ungeklärtheit der Regierung Brüning und die Herausforderung der Unternehmertums, die Lohnabbau durch Verhandlungen gestern etwas maskieren wollte. Mit zweideutigen Zielen löst man die große Frage der Zeit nicht.

Sozialdemokratisches Aktionsprogramm gegen Wirtschaftskrise

Dah eine Partei, die sich in der Opposition befindet, in einer für die Regierung höchst unbehaglichen Situation mit positiven Vorschlägen zur Behebung der schweren Wirtschaftskrise hervortritt, ist sicher sehr ungewöhnlich. Aber die Probleme, vor die sich das Land und nicht zuletzt die Arbeiterklasse gestellt sehen, sind zu gewaltig und zu folgenreich, als daß sich die Sozialdemokratie als die größte deutsche Partei auf eine ablehnende Kritik im Finanzprogramm des Kabinetts beschränken könnte. Sie ist verpflichtet, zu sagen, wie sie sich ihrerseits die Lösung denkt, und aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die gestern bekanntgegebenen Richtlinien angenommen, und der Öffentlichkeit unterbreitet, die im folgenden kurz erörtert werden sollen:

Um von vornherein Mißverständnisse auszuschalten, ist der politische Zweck der Vorschläge hervorzuheben. Es handelt sich in erster Linie um eine Verständigung innerhalb der sozialdemokratischen Reihen und um einen Wegweiser für alle die, die sich innerhalb und außerhalb des Parlamentes mit den Absichten des Kabinetts Brünning auseinandersetzen wollen. Es handelt sich nicht um den Versuch, die Plattform für eine neue Koalitionsregierung, oder eine Erweiterung der Plattform der gegenwärtigen Regierung zu schaffen. Wäre das die Absicht gewesen, so hätten wir auf die Formulierung einer Reihe von Forderungen verzichtet müssen, von denen wir überzeugt sind, daß sie bei keiner der bürgerlichen Parteien Gegenliebe finden werden.

Auf der anderen Seite stellen wir aber kein eigentliches sozialistisches Programm auf. Eine dringende Gegenwartsaufgabe erhebt sich im Interesse der Arbeiterklasse eine länderübergreifende Aktion.

Die Wirtschaftskrise hat ein Ausmaß erreicht, wie nie zuvor. Die Massenarbeitslosigkeit droht zu einem Dauerzustand zu werden. Für Hunderttausende von Arbeitern schwindet immer mehr die Aussicht, wieder einmal Arbeit zu bekommen. Deshalb darf man sich nicht mehr mit der Hoffnung begnügen, daß es einmal von selbst besser werde, sondern muß alle Kräfte anspannen, um Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit möglichst schnell zu überwinden.

Nach der Unternehmung stehen sie etwas ganz anderes. Sie wollen die letzten wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten benutzen, um ihre reaktionären Pläne durchzuführen. Sie wollen die Löhne abbauen, die Arbeitslosenversicherung und die Sozialfürsorge aushöhlen. Dadurch würden aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht überwinden, sondern verschärft werden. Große Gruppen der Unternehmer wünschen sogar diese Verschärfung der Wirtschaftskrise, um die Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu schwächen und ihnen eine verschlechterte Lebenshaltung aufzuzwingen.

Die baldige Überwindung der Wirtschaftskrise verlangt andere Wege. In den Richtlinien der Sozialdemokratie sind sie im einzelnen dargelegt:

Verhinderung des Lohnabbaus, Erhaltung der Massenkaufkraft, Senkung der Preise, Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten und Sicherung der Sozialleistungen.

Bei der Schwere der deutschen Wirtschaftskrise führen Einlenkungen nicht zum Ziele. Soll der Druck von der deutschen Wirtschaft genommen werden, der nicht zuletzt durch die Weltwirtschaftskrise verschärft worden ist, so müssen alle diese Maßnahmen gemeinsam ergriffen werden. Am Gegenstand der Lohnabbaus und in dem Abbau der Sozialleistungen sehen, will die Sozialdemokratie das Uebel an der Wurzel fassen, und die Wirtschaftskrise durch eine Reihe von zusammenhängenden Maßnahmen zu überwinden versuchen, ohne daß die Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung beeinträchtigt wird.

Überwindung der Wirtschaftskrise ist aber ohne Überwindung der finanziellen Schwierigkeiten des Reiches, der Länder und der Gemeinden undenkbar. Ebenso wenig wie die Unternehmer, die tatsächliche Überwindung der Wirtschaftskrise erstreben, ebenso wenig wollen sie die wirkliche Gesundung der öffentlichen Finanzen. Je größer die Not der öffentlichen Finanzen ist, umso mehr haben sie Aussicht, die Sozialausgaben der öffentlichen Wirtschaft zu vergrößern, und Reich, Länder und Gemeinden in ihre Abhängigkeit zu zwingen. Diesem Ziel soll die Forderung der Unternehmer auf Senkung der öffentlichen Ausgaben dienen. Die Unternehmer denken nicht daran, die Ersparnisse da zu machen, wo sie ohne Schädigung der Gesamtheit leicht möglich sind. Sie denken nicht daran, die Ausgaben für Krieg und Marine, für Luftfahrt und auswärtige Angelegenheiten zu vermindern. Die militärischen Ausgaben sollen sogar um 40 Millionen Mark erhöht werden. Statt dessen sollen die Sozialausgaben auf einen Schlag um Hunderte von Millionen zusammengeführt werden.

Auch die Sozialdemokratie ist der Auffassung, daß in der gegenwärtigen Notlage Reich, Länder und Gemeinden mit äußerster Sparsamkeit wirtschaften müssen. Aber sie verlangt, daß die Einsparungen da vorgenommen werden, wo sie durchführbar sind, ohne die sozialen und kulturellen Verpflichtungen zu beeinträchtigen. Deshalb steht sie für Verminderung der Wehrausgaben, für Kürzung der hohen Pensionen und für Streichung oder Hinausschiebung aller nicht unbedingt notwendigen öffentlichen Ausgaben ein.

Trotz aller Sparsamkeit wird aber die Schaffung erhöhter Einnahmen nicht zu vermeiden sein. Auch hierfür sind noch eine ganze Reihe von Möglichkeiten vorhanden, die bisher nicht ausgenutzt worden sind. Nach wie vor hält die Sozialdemokratie an ihrer Forderung fest, daß die Leistungsfähigen Schichten zur Aufbringung der notwendigen Mittel in erster Linie herangezogen werden müssen. Das kann am besten geschehen in einem allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer der hohen Einkommen. Reichen jedoch diese Mittel zur Deckung der öffentlichen Fehlbeträge nicht aus, so kann außerdem auf eine besondere Heranziehung der nicht von der Erwerbslosigkeit bedrohten Kreise der Bevölkerung nicht verzichtet werden.

Das vielgestaltige Programm zeigt, daß die Sozialdemokratie nichts unversucht läßt, die Schäden der Wirtschaftskrise zu mildern und aus ihr herauszukommen, wobei die Schonung der breiten Massen des arbeitenden Volkes ihr wichtigstes Augenmerk bildet.

Fazit der Ernährungsdebatte

Zollerhöhungen verteuern die Lebenshaltung, helfen jedoch der Landwirtschaft nicht

Berlin, 24. Juni. (Eig. Drabt.) Der Reichstag leitete am Dienstag die zweite

Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministers fort. Die Aussprache verlief in sehr ruhigen Bahnen. Bemerkenswert ist, daß fast alle Redner mehr und mehr die von der Sozialdemokratie seit Jahren vertretene Ansicht vortrugen, daß zollerhöhende Maßnahmen nicht mehr viel nützen.

Selbst die Wirtschaftsparteiler Frese gab an, daß die letzten Maßnahmen auf zollpolitischem Gebiet kein positives Ergebnis brachten. Die Sozialdemokratie hat seinerseits gegen diese Zollerhöhungen gestimmt; sie hat also nach dem Urteil der bürgerlichen Parteien zollpolitisch Recht behalten.

Hg. Masche (Soz) erklärte die Zustimmung der Sozialdemokratie zu den Stützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft. Er wandte sich aber gegen einseitige Bevorzugung des Großgrundbesitzes.

Die Not des Ostens sei in erster Linie eine Not der Landarbeiter, der Kleinbauern und des Handwerks. Besonders einbringlich sprach der Redner auch über den Notstand in der schlesischen Saarmstadt Breslau, wo von 618 000 Einwohnern nicht weniger als 283 000 von öffentlicher Unterstützung leben. Allein 17 000 Erwerbslose sind ausgespeert. Masche wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß dennoch die Landwirtschaft volnützlich Arbeiter beschäftige.

Der volksparteiliche Abgeordnete Freiherr von Reibeben trat den Meinungen entgegen, daß bisher nichts für den Osten geschehen sei. Immerhin müsse die gesamte deutsche und preussische Politik mehr als bis jetzt auf den Osten einwirken. Es handelt sich keineswegs nur um Großbetriebe, sondern auch um mittlere und kleinere Betriebe.

Für die Demokraten sprach der Abgeordnete Künneburg. Er bezeichnete die Gesamtlage in Ostpreußen als überaus ernst, warnte aber vor allem großem Pessimismus, denn dadurch schädige man nur den Kredit Ostpreußens. Umstellung der Produktion der ostpreussischen Landwirtschaft sei notwendig. Besonders eindringlich machte die Mitteilung Künneburgs, daß bei der Verteilung der Reichsgelder im Osten eine harte Verschiebung zu Gunsten des Großgrundbesitzes herrsche. Künneburg ist Reichs- und Staatskommissar und mitbin landverwalter.

Eine sehr kostbare Rede gegen die Regierung Brüning und gegen den Reichsernährungsminister Schiele hielt der deutschnationale Abgeordnete Graf zu Eulenburg. Er warf dem Minister vor, daß es ihm nicht gelunnen sei, die Preise für Roggen, Kartoffeln, Schweine und Milch genügend zu erhöhen. Eulenburg überzog dabei den ostpreussischen Reichsernährungsminister Schiele mit Hohn.

Erittelt verlangt darauf Reichsernährungsminister Schiele von Eulenburg, daß dieser sich nicht in allgemeinen Redensarten ergebe. Die Herren deutschnationalen Agrarier sollten ihm sagen, welche Maßnahmen er noch in Ansehung nehmen solle. Die Frage war aber ins Leere gerichtet, denn der edle Graf zu Eulenburg hatte sofort nach seiner Rede den Saal verlassen. Reichsernährungsminister

Schiele bekannte sich zu der Meinung, daß mit Zollerhöhungen die landwirtschaftliche Krise nicht zu beheben sei. Dann polemisierte er gegen die Sozialdemokratie, weil diese beantragt hat, 7 Millionen Mark zu freigeigen, die im Haushalt als Stützungsaktion für die Vieh- und Fleischmärkte angedacht sind.

Gegen 3 Uhr wurde die Beratung unterbrochen. Es folgte eine große Anzahl von

Abstimmungen über mehrere Reichshaushalte.

Zunächst über den Reichshaushalt des Innern. Es wurde eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, im Reichstag einen Gesetzentwurf über eine umfassende Reichsreform vorzulegen. Eine Entschließung für die Gleichberechtigung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung wurde abgelehnt, weil die Deutsche Volkspartei entgegen ihrer Haltung im Ausschuss gegen diese Entschließung stimmte. Angenommen wurde eine Entschließung, die Maßnahmen fordert gegen die Verdrängung der Weltanschauungen der Zentrumsabgeordneten. Der Zentrumsabgeordnete Schreiber beantragte außer dieser Entschließung einen Antrag anzunehmen, der Maßnahmen gegen die Verdrängung der Weltanschauungen fordert. Der sozialdemokratische Abgeordnete Schumann erklärte dazu, die Sozialdemokratie sei für den Schutz aller Weltanschauungen, selbstverständlich auch der religiösen. Nach der letzten angenommenen Entschließung sollten alle Weltanschauungen geschützt werden; die Entschließung Schreibers sei deshalb überflüssig. Die Sozialdemokratie werde gegen diese Entschließung stimmen. Angenommen wurde eine Entschließung, die Forderungen gegen den sogenannten Kulturhoheitensmissbrauch fordert, der auf Zurückbildung und Fortschritt von Religion, Sittlichkeit, Ordnung, Autorität und Staat abzielt, und zwar sollen alle entsprechenden Bestimmungen auf dem Gebiete der Schule, des Rundfunks, des Films, des Theaters, der Musik und anderer Darbietungen getroffen werden. Für diese Entschließung stimmten alle bürgerlichen Parteien. Eine weitere Entschließung verlangt die Vorlage eines Beamtengesetzes, Förderung der Krüppelheimstätten und der altverdienenden Geistlichen, Unterbrechung des Lübecker Säuglingssterbens, Anpflanzung und Ausgestaltung des öffentlichen Schulwesens und eine große Anzahl weiterer kultureller Forderungen. Schließlich wurde noch die Ausschussvorlage auf Umgestaltung der Fernverkehr in zweiter Beratung in namentlicher Abstimmung mit 231 Stimmen der Regierungsparteien, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten gegen 182 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung leitete die sozialdemokratische Abgeordnete Bergmann für die weitere Zulassung von ausländischen Getreidefrachten ein. Er stellte bei dieser Gelegenheit u. a. fest, daß deutscher Schinken in Paris heute um 22.5 Pf. billiger ist, als in Deutschland.

Dann leitete der sozialdemokratische Abgeordnete noch eingehend dar, daß die Sozialdemokratie immer bereit gewesen sei, für die Landwirtschaft einzutreten. Weiterberatung Mittwoch 10 Uhr.

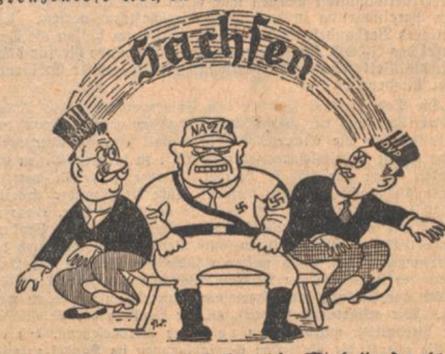
Die Quittung an die Volkspartei

Presse-Echo der Sachsenwahlen

Werden die bürgerlichen Parteien daraus lernen?

In den Pressestimmen zu den sächsischen Landtagswahlen tritt allenthalben die katastrophale Niederlage der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen gegenüber der Nationalsozialisten hervor, während andererseits die Bestätigung der Sozialdemokratie betont wird.

Die Leipziger Volkszeitung schreibt: Wahrhaftig, Schockend ist die größte Freude, die Menschen je zu äußern vermögen. Der Marxismus hat seine 45 Mandate zu erhalten vermocht. Am Lager des Bürgeriums aber wurden gerade diejenigen zur Aber gelassen, die glaubten, als die Führer abgetan zu sein. Zum Trost freilich liegt bei keiner der Parteien ein Anlaß vor. Nur die Nationalsozialisten jubeln über ihren Sieg. Ein Wahlsieger der gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse. Ein Wahlsieger der vom Großkapital besetzten Hentesrechte. Das ist die größte Niederlage der Nationalsozialisten. Was ist das Leipziger Beispiel? Die Politik der Sozialdemokratie unanerkennbar bleibt, wenn alle Kräfte zusammengefaßt, die Partei den ersten Willen zeigt, dem Feinde Auge in Auge gegenüberzutreten. Das Annahmen der Nationalsozialisten ist auf die 270 000 Arbeitlosen zurückzuführen, die Sachsen zu verzeichnen, auf die grenzenlose Not, die die Wirtschaftskrise im ganzen Lande



Deutschnationale und Volkspartei: „Wir hatten den als Deiner engagiert, jetzt drückt uns der Kerl ganz deiseite.“

beruht hat. Die Nationalsozialisten werden den Arbeitslosen zu beweisen haben, wie sie nun Arbeit schaffen, wie sie ihre großen Versprechungen in die Tat umsetzen vermögen, die sie wochenlang den enttäuschten Arbeitslosen-Wählern machten. Das sächsische Beispiel zeigt, daß Reichstagswahlen zur Zeit gewiß nicht verloren wären, daß aber die Sozialdemokratie bei entsprechender Anspannung ihrer Kräfte auch dieses Experiment nicht scheitern hätte. Nicht den Marxisten sind die Wähler zu Hunderttausenden davon gelaufen. Wohl aber den Parteien des Bürgeriums der Volkspartei, Herrn Eugenbergs. Aus den alten Splittergruppen sind neue Parteien hervorgebrochen, während im proletarischen Lager eine Reinigung der Front vollzogen wurde.“

Die Leipziger Zeitung erklärt: „Die Kreise, die den Teufel des Marxismus mit dem Beizeh des Rechtsradikalismus austreiben gedachten, müssen erkennen, daß ihre Rechnung nicht stimmt. Was die Nationalsozialisten an Radikalismus geistigt haben, kommt nicht der Rechten zugute und geht nicht der Linken verloren. Mit Parlamentsauflösung ohne klarem Ziel, ohne feste Führung wird die Zerplitterung vermehrt und der Radikalismus gefördert.“

Das Berliner Tageblatt betont: „Gans der Erwar-

tung gemäß, hat Herr Hitler in Sachsen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen seinen Dank für die ihm im unangenehmer Verbundenheit geleistete Wahlhilfe abgefordert, indem er diesen beiden Parteien allein acht Mandate abnahm. Auch die Rechte gibt es ja Leute, und sie sitzen bedauerlich besonders stark auch wiederum in der Deutschen Volkspartei, die die Parole ausgehen: Nicht mit, sondern gegen die Sozialdemokratie! Mit dieser Parole hat man Herrn Hitler seinen Sieg ermöglicht. Sie hat den beiden Rechten Parteien Hunderttausende von Wählern gekostet. Herr Hitler hat ihnen keine Quittung überreicht, und sie sind ihnen nicht zu danken.“

Der Bader Beobachter äußert: „Für Eugenbergs Mandatenswert hält man die Tatsache, daß sich die nationalsozialistischen Stimmen im wesentlichen vermehrt haben, was ein gewisser Einbruch der Nationalsozialisten in die Reihen der Sozialdemokraten so gut wie nicht erfolgt ist. Dieses Ergebnis der sächsischen Wahlen ist von der Reichspolitik aus gesehen, in der Tat recht beachtenswert, weil man annehmen darf, daß auch den bürgerlichen Parteien im Reichstag die Wahlfreudigkeit verfallen ist. Es liegt auf der Hand, daß Wahlen in diesem Ausmaß nicht wieder eintreten.“

Das Hugenbergsblatt Der Montag sieht sich ebenfalls offenermaßen zugegeben: „Die Nationalsozialisten haben diese Gewinne nicht etwa aus dem Lager der Sozialdemokraten und Kommunisten nehmen können, wenn nicht auch in einzelnen Orten gegen die beiden Parteien erfolgreich vorgetrieben sind. Sozialdemokraten und Kommunisten kehren zum ersten mal mindestens so stark in den neuen Landtag, wie sie in alten Landtag vertreten waren.“

Der antimarkistische Prominent Eugenbergs und Schiele sind dabei nicht unerheblich verärgert worden. Die volksparteiliche sächsische Zeitung erklärt: „Nicht allein die Finanzpläne Eugenbergs haben der Deutschen Volkspartei viel zu spät ein und war im übrigen, was die Zukunftslösung angeht, nicht klar genug, zumal die sächsischen Parteifreunde festhalten, nicht nur dem Kommando Friede bleiben dürfen. Diese Wahlen hätten niemals erfolgen dürfen, das ist die große Lehre der Leipziger Wahlen. Für eine neue Regierungsbildung bleibt nur eine Verdrängung des Bürgeriums, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Sozialdemokraten, Nationalsozialisten mit der Sozialdemokratie übrig, die schon ohne Volksdienst und Unverserker eine fähige Mehrheit — 55:41 — bringt. Die Folgen einer solchen Wahl für das Reich — so heißt die Leipziger Zeitung — ist die Wahlung an die Volkspartei — liegen auf der Hand. Die staatsverhaltenden Parteien im Reich — die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Volkspartei — werden durch den Erfolg der Leipziger Wahlen daraus weitgehende praktische Schlüsse ziehen müssen. Die Art zu sehen haben. Über den dritten Punkt an die Erwinning der Maßnahmen denken wir in erster Linie an die Erwinning einer entschiedenen und einheitlichen Reichsreform mit allen notwendigen Mitteln. Weg mit den Parlamentarismen, weg mit dem Unfinn an dem Parlamentarismus, weg endlich an die Arbeit, dann ist der sächsische Alarm wenigstens nicht umsonst gewesen.“

In allen Pressebetrachtungen über den Ausgang der sächsischen Wahlen steht fast mützlich der Satz wieder: Volkspartei hat die Quittung für ihre politische Haltung. Sie ist die Gefährliche dieses Wahlkampfes. Weg auch der Verlust der Deutschnationalen an die Nationalsozialisten noch größer sein — im Vordergrund des Blickfeldes ist überall die Deutsche Volkspartei.

Sie hat sich in Thüringen mit den Nationalsozialisten verbunden — dafür ist sie in Sachsen von den Sozialdemokraten zusammengehalten worden. Sie hat sich in Sachsen unentwegt die Parole verkündet: nieder mit dem Marxismus, nun liegt sie zerfunden am Wege wie Don Quixotte nach seiner Attacke auf die Windmühlen, während der Marxismus fest und unerschütterlich da steht.

Erschüttertes Vertrauen

Justizkrise auch in Amerika

Es hat den Anschein, als ob die Erschütterung des Vertrauens in die Justiz eine der vielen internationalen Krisen darstellt, unter denen die Völker unserer Zeit leiden und die zweifellos ihren Ursprung hat in dem Grundübel unserer Gegenwart, in der geistigen und weltlichen Verfalleneren der modernen Kultur durch das internationale Verbrechen des Weltkrieges. Auch in den Vereinigten Staaten beginnt man mehr und mehr die Verhältnisse des öffentlichen Lebens mit den scharfen Augen dessen zu betrachten, der die Dinge nicht einfach hinnimmt als müßten sie so sein, sondern der die ganze Sache des Zweifels und der Kritik auch an den scheinbar unerschütterlichen Einrichtungen der gesellschaftlichen Gerechtigkeit ansetzt.

Präsident Hoover hat nun eine Sonderkommission eingesetzt, die über die Möglichkeit der Durchführung bestimmter Gesetze heraussuchen soll. Woraus hervorgeht, daß es offenbar Geheiß gibt, die nicht durchführbar sind. Auch die für uns Europäer und besonders für uns Deutschen und hierüber besonders interessante Frage der Justizreform in den USA, mehr denn je im Bereich der öffentlichen Aufmerksamkeit. Das große (und vielleicht allgrößte) Ideal einer vollkommenen Gerechtigkeit, als man zuerst annahm. Denn Tatsache, die man nicht leugnen kann, ist, daß das Gesetz nicht nur von seiner Seite befolgt werden muß, sondern auch von der Seite der Richter. Die gesellschaftlichen und strafrechtlichen Probleme, um die man in Amerika hinsichtlich der Demonstrationen und Streikverbotes ringt. Der Liberalismus der amerikanischen Gesellschaft ist nicht nur eine Ideologie der Unternehmer, er geht bis weit in die Kreise der Arbeitnehmer: eine soziale Bewegung, die sich nicht nur in einigen und dann revolutionär-kommunistischen Ansätzen. Die Freiheit des Einzelnen, einst eine

hervorragend revolutionäre Forderung der Menschenrechte, beginnt in Amerika unter den Formen der hochkapitalistischen Demokratie in ihr Gegenteil umzuschlagen; während dem Unternehmer alles erlaubt zu sein scheint, können die Arbeiter und Gewerkschaften bei jeder kollektiven Aktion auf rechtliche Schwierigkeiten stoßen. Hierdurch entwickeln sich auch strafrechtliche und arbeitsrechtliche Probleme, die man bis vor kurzem in Amerika nicht oder nur gelegentlich kannte. Die alten Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit geraten ins Wanken, werden problematisch und in der Wirklichkeit zur Justizkrise. Dieser Prozeß einer Umwälzung des gesellschaftlichen Denkens wird um so mehr und um so rascher fortgeschritten, als auch in den Staaten das große soziale Problem der Erwerbslosigkeit in Erscheinung treten wird.

Wesentliches Merkmal sind große Wirkungen in der Umgestaltung gesellschaftlicher Formen zu entstehen an kleinen, aber irgendwie bedeutsamen Ereignissen und Fällen. So ist in Amerika durch den Fall Sacco und Vanzetti die Frage der Todesstrafe stark ins öffentliche Bewußtsein gerückt worden; in jüngster Zeit scheint ein neuer Fall ähnliche Bedeutung zu gewinnen. Diesmal handelt es sich um einen Deutschen namens F. W. Edel, der wegen Ermordung einer Schweißarbeiterin zum Tode durch den elektrischen Stuhl verurteilt ist. Edel bestritt die Schuld und auch sein Verteidiger ist von seiner Unschuld überzeugt. Edel ist bereits dreimal zum elektrischen Stuhl geführt worden. Nun hat sich auch die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ entschlossen, an den Gouverneur Roosevelt im Staate New York ein Telegramm zu senden, das lautet: „Erst in letzter Zeit haben wir in Deutschland den öffentlichen Nachweis der Hinrichtung eines Unschuldigen gesehen (gemeint ist Jakowowitsch, die Kbd.), welche nicht mildernden werden kann. Herr Gouverneur, erneuern Sie nicht die Qualen eines unschuldigen Menschen, der seine Schuld bestritt. Beantworten Sie Das!“

Hoffentlich hat dieser Ruf der Humanität Erfolg. Wir können nicht oft und laut genug rufen: Mehr Menschlichkeit — weg mit der Todesstrafe in allen Staaten!

Hakenkreuz und jüdische Richter

Auffällige Milde gegen das politische Rombdium

Wir lesen im Vorwärts: Außerordentlich milde kam vor dem Schnellrichter der Nationalsozialist Franz Kirisch davon, der bei einem Krampall einen Polizeileutnant zu Boden geschlagen hatte. Obwohl der Angeklagte wegen einer ähnlichen Tat bereits mit einer Geldstrafe vorbestraft ist, erhielt er nur drei Wochen Gefängnis — außerdem aber gab ihm der Richter noch Bewährungsfrist, falls der Polizeipräsident damit einverstanden ist. Wir nehmen allerdings als sicher an, daß der Polizeipräsident B. r. r. i. e. b. e. l., der erst unlängst ein energischeres Verhalten der Justiz gegen das politische Rombdium gefordert hat, ganz und gar nicht einer Bewährungsfrist zustimmen wird.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß der Schnellrichter, der dieses auffällige milde Urteil fällte, ein Amtsgerichtsrat Rosenbaum, nach dem Namen zu urteilen, ein Richter jüdischer Herkunft ist. Die Nazis brüllen fast jedesmal, wenn sie vor einen jüdischen Richter gelangen und fordern, nur von reinrassigen Ariern abgeurteilt zu werden — aber tatsächlich fahren sie bei den jüdischen Richtern viel besser. Wir erinnern an den Goebbels-Prozeß wegen Bestimmung Hindenburgs, wo Herr Goebbels auch erst gegen den jüdischen Richter und den jüdischen Schöffen tobte, wo aber nachher ein so mildes Geldstrafurteil herauskam, daß alle Welt den Kopf schüttelte, um so mehr, als der Strafamt des Staatsanwalts auf neun Monate Gefängnis gegangen war.

Die Erklärung ist ziemlich einfach. Der jüdische Richter wird von der Befürchtung geleitet, daß ihm ein strenges Urteil als politische Voreingenommenheit oder als Racheakt gegen den Angeklagten ausgelegt würde; er wird daher leicht gegen den Angeklagten übertrieben milde sein. Wenn die Nazis etwas klüger wären, als sie sind, würden sie verlangen, nur von jüdischen Richtern abgeurteilt zu werden. Wir möchten allerdings dafür plädieren, daß man ihnen ihren jetzigen Wunsch erfüllt und die Nazis solchen Richtern zuführt, die ohne Gewissenkonflikte und übertriebene Schrupel die gebührenden Strafen gegen die politischen Rombdium verhängen.

Aus aller Welt

Bootsunglück auf dem Genfer See
Wädenswil, 24. Juni. Am Sonntagabend wurden auf der Höhe von Wädenswil vier Personen auf dem Genfer See vermisst. Zwei von ihnen, die sofort auf den See hinausfuhren, fanden dort einen Mann, der sich an einem kleineren Boot festhielt. Er erklärte, daß er mit zwei Freunden ausgefahren sei; auf dem Rückweg habe das Boot einen Schaden erlitten und sei gesunken. Wädenswil er sich am Boot festhalten konnte, seien seine beiden Freunde ertrunken.

Die „Southern Cross“ gestartet
Dublin, 23. Juni. Das Flugzeug „Southern Cross“ ist um 10 Uhr früh von dem Flughafen Portmarnock bei Dublin zum Flug nach Mexiko gestartet.

Juppelinfahrt
Magdeburg, 24. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat nach dem es in Schiffsen gewirkt, gegen 11 Uhr nachts Magdeburg verließ und die Fahrt in Richtung Braunschweig-Hannover fortsetzt.

Hinrichtung als Sensation
Stuttgart wird berichtet: Die Hinrichtung des württembergischen Staatspräsidenten Börsch, der von Schmutzgericht zum Tode verurteilt wurde, hat am 23. Juni um 10 Uhr nachmittags im Strafvollzugsgefängnis des Reichstags im mit zweifelhafte Mehrheit die Hinrichtung des Staatspräsidenten durchgeführt. Die Hinrichtung fand am Samstag um 10 Uhr nachmittags auf dem Hof des Amtsgerichtsgefängnisses in Ravensburg statt. Über den Vorgang und eine ganze Reihe von Neben- und Nebensachen wurde noch am Samstag durch das Süddeutsche Korrespondenzbüro, das ist die Stuttgarter Filiale von Wolffs Telegraphen-Anstalt, ein etwa 80 Zeilen umfassender Bericht an die Presse gegeben. Daraus ging nicht nur der ganze, wenig erfreuliche Verlauf der Hinrichtung hervor, sondern es war darin auch mitgeteilt, daß die zuständige Behörde 50 Eintrittskarten ausgeteilt und damit aus der Angelegenheit eine Sensation für Leute gemacht habe, die solche Szenen für ihre Kerzen offenbar zuträglich halten. Raum war nun dieser Bericht an die Zeitungen gelangt, als die Zeitung ein zentrales Mitglied württembergischer sozialistische Presse ein eiliges Rundschreiben an die Zeitungen hinterher schickte, das dringend bat, von der Drucklegung des Berichtes abzusehen. Wenn man sich schämt, den Vorgang in aller Öffentlichkeit bekannt zu machen, dann hätte man besser getan, ihn überhaupt nicht stattfinden zu lassen. Ein nachträglicher Versuch, die Hinrichtung ebenfalls zu verhindern.

Robert Winterberg †
Der bekannte Operettenkomponist Robert Winterberg, dessen „Königliche Komödie“, „Der Wälschling des Jaren“ und „Dame an Rot“ über viele deutsche Operettenbühnen mit großem Erfolge aufgeführt sind, ist auf einem Gut in der Nähe von Berlin infolge eines Lungenerkrankens verstorben.

Revisionsantrag im Gattenmordprozess
Der Verteidiger des wegen Gattenmordes verurteilten Sahnmanns Dr. Gutschmann hat gegen das Urteil Revision eingelegt mit dem Begehren, daß das Gericht die Verurteilung des Angeklagten nicht bestätigt habe.

Unruhen in Sevilla
Die Streikunruhen in Sevilla nahmen nach hier vorliegenden Nachrichten einen revolutionären Charakter an. Autos und Verkehrsmittel sowie die meisten Straßenbahnen verkehrten nicht. So wurden die Straßen von Zirkuskarren besetzt. Mehrere Straßenbahnführer wurden angegriffen und überaus verletzt. Es wurden 2 Tote und 15 Schwerverwundete gezählt.

Präsident Hoover gegen weitere Unterstützung von Kriegsteilnehmern
Washington, 25. Juni. Präsident Hoover hat sich gestern in ungewöhnlich scharfer Form dagegen gemauert, daß der Senat am Freitag mit 66 gegen 6 Stimmen die Vorlage über weitgehende Unterstützung von Teilnehmern des Weltkrieges angenommen hat.

Roggenbrot mit Schinkenbeilage
Eine vermorrone Propaganda
In dieser Woche führen die verschiedenen Behörden, Handels- und Gewerkschaften die angekündigte Roggenpropaganda durch. Man will dadurch den Verbrauch von Roggen fördern. Auch die allgemeine Fleischzeitung beizügelt sich im Sinne der Roggenpropaganda und empfiehlt den Weßagern, eine geeignete Platte mit dem Stück Roggenbrot und mit appetitlich aussehendem Schinken in die Schaufelstrecke zu stellen. Das Ganze soll mit der Zeit verlernt werden:

Roggenbrot, es mundeit fein,
Doch muß auch Schinken dabei sein!
Der Vorschlag stammt eigentlich nicht von der Fleischzeitung, sondern von dem Reichswirtschaftsminister Dietrich hat ähnliches bereits in den ersten Monaten angeregt; nur dürfte der Rhythmus dieser Propaganda sehr beschränkt sein, denn die breiten Massen in Deutschland suchen zunächst damit zu tun, wie sie die Mittel fürs Roggenbrot aufbringen können. Der Vorschlag ist aber typisch für die Vermorrtheit der Propagandaaktionen, wie sie in den letzten Jahren bei uns eingeführt worden sind.



Das Spiel gewonnen!

Wieder einmal hat die so oft siegreiche Mannschaft ihr Können bewiesen, wieder einmal wurde ein hartes Spiel gewonnen. Man kann von ihnen lernen, nicht nur auf dem Sportplatz stellen sie ihren Mann — die „siegreiche Mannschaft“ gilt auch im Leben den anderen als Vorbild. Es sind Sportleute, die wissen, daß man nicht nur den Körper stählen muß, sondern auch das geistige Training nicht vernachlässigen darf. Wie vielen Kameraden haben Sie schon von ihrem Blatt, von dem Volksfreund erzählt; immer wieder, solange, bis die anderen überzeugt waren. Wer einen neuen Leser für den Volksfreund wirbt, hilft mit am weiteren Ausbau des Blattes. Jeder neue Leser ist ein neuer Baustein. Werbt immer und überall für euer Blatt! Auf den Sportplätzen, in den Fabriken und Kontoren! Beginnt nicht morgen damit, beginnt heute! Jeder neue Leser ein neuer Baustein!

Volkswirtschaft

Die Gen ernterfassung der Maschinenfabrik Oetiker u. S. O. Durlach genehmigte einmütig die Regularien nach den Anträgen der Betriebsratung.

Der Freiburger Schlachthofmarkt für Groß- und Kleinvieh hatte einen Auftrieb von: 22 Cows, 28 Kälber, 9 Ferkel, 30 Rinder, 145 Rinder und 12 Schafe. Preise: Cows 1 57-59, II 45-55, Ferkel 47-50, Rinder 30-42, Rinder 64-65, Schafe 48-52 2/3, alles pro Hund Lebendgewicht. Tendenz: Großvieh I Qualität gelocht, II Qualität und Murrvieh vernachlässigt. Rinder murrmäßig, geringe Lieferhöfe bei Großvieh und Rindern. Die Preise sind Durchschnittspreise und schließen sämtliche Arten des Handels ab: Schlacht-, Metz- und Verkaufstiere, Umlaufsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein.

Gememorde und Reaktion

Eine beachtenswerte Materialsammlung

Wenn heute bald 12 Jahre nach Kriegsende die Verhältnisse in Deutschland noch so wenig stabilisiert sind, wenn immer noch Rückfälle in Bandenunruhe in einer Weise eintreten, die wenig mit einem festgesetzten Rechtsstaat zu tun haben, so ist zweifellos daran schuld, daß von Anfang an der deutsche Republik ein einseitiges und festes Durchgreifen der Staatsautorität zu verweigern war und den rückwärtigen Kanakern des zusammengebrochenen Regimes allzu wenig das Gewicht eines neuen Staatsgedankens in seiner ganzen Macht entgegengelegt wurde. Mit zu den charakteristischsten Merkmalen dieser Schwäche der deutschen Republik gehören die Gememorde und die Art, wie diese ihre juristische Erledigung fanden. Es ist daher gerade in diesen Tagen von besonderem Interesse, in einem Werk von E. J. Gumbel unter Mitwirkung von Berthold Jacob und Ernst Faid: „Verzerrter Verfall der Weimarer Republik“ (Malk-Verlag, Berlin) eine abschließende Darstellung eines der bösesten Kapitel Deutschlands aus der Zeit von 1919 bis 1929 zu lesen. Der mutige Historiker der Nachkriegszeit der deutschen Republik, Privatdozent Dr. Gumbel (Seibelsberg), dessen Leistung die Geschichte vermutlich einmal eintrifft mehr anerkennen wird als die ameisulige Gegenwart, hat mit diesem Werk seinen bisherigen Publikationen eine bedeutende Bereicherung hinzugefügt. Auch wenn man nicht in allen Dingen die Auffassungen des Verfassers teilt, kann man doch nicht ohne Erschütterung an dem riesigen Material vorbeigehen, das der Verfasser über diese dunkelste Seite der deutschen Reaktion vorträgt. In politischer Hinsicht ist dabei vor allem die Auffassung des Verfassers über die Ursache der politischen Morde von Bedeutung, die er wie folgt formuliert: „Die zentrale Ursache der politischen Morde von rechts war das Schicksal des Großkapitals, dessen Herrschaft während kurzer Zeit aussetzte und auch längere Zeit erschütterte. Die psychischen Voraussetzungen für die Anwendung dieser politischen Methode lieferten Krieg und Inflation; die Garantie dafür, daß die Methode gefahrlos angewandt werden konnte, bot die deutsche Justiz.“ Abschließend wird dann darauf hingewiesen, daß unter Billigenahme gewalttätiger Mittel dem Großkapitalismus die Niederhaltung der Arbeiterklasse gelungen ist, daß dieser jedoch, wenn der Siegeszug des Kapitalismus zum Stöden kommt, sich nicht scheuen wird, wiederum mit allen verfügbaren Mitteln die Arbeiterklasse an ihrem weiteren Aufstieg zu verhindern: eine Mahnung, die gerade heute der Arbeiterklasse dringend ans Herz zu legen ist.

französische Sozialisten gegen Frankreichs Rüstungspolitik

Der sozialistische Abgeordnete Renaudel protestiert im Volksrat gegen die ungeheuer wachsenden Militärausgaben Frankreichs. Zehn Jahre lang — so erklärt Renaudel — habe man im Budget jährlich hundert Millionen für laufende Armeekosten verausgabt. Vor kurzem habe man 3,5 Milliarden Franken bemittelt für neue Rüstungsbauten. Jetzt verlange Lardieu eine neue Milliarde, um die erschöpften Materialbestände wieder aufzufüllen. Dabei erklärte er gleichzeitig, daß im Laufe der nächsten Jahre nicht weniger als 10,5 Milliarden für die notwendigen Ergänzungen der französischen Rüstungen erforderlich seien. Man müsse sich raen, wo diese Rüstungspolitik hinführen solle. Gewiß sei es nicht zu leugnen, daß „gewisse Diktaturen eine wahre Kriegsgefahr bedeuten“, aber deshalb könne man doch nicht vom Parlament verlangen, daß es die neuen Milliardenbedürfnisse mit geschlossenen Augen genehmige.

Die Rheinlandräumung
Nach einer Mitteilung der Reichswehrverwaltungsstelle sind bis heute die Orte Oppenheim, Alsen, Büschel, Oberstein, Ibar, Birsenfeld, Kirn, Bingen und Worms von Besatzungstruppen, Gendarmen und Sicherheitspolizei vollständig frei gemorden.

Freistaat Baden

Zur Befreiung der besetzten Gebiete. Nach einer ministeriellen Verordnung werden aus Anlaß der Befreiung der besetzten Gebiete am 1. Juli 1930 sämtliche Dienstgebäude besetzt.

Anerkennung der Reifezeugnisse. Der nichtstaatlichen Vönderschen Lehranstalt in Sosbach, Amt Bühl, und der privaten Schloßschule in Salem, Amt Ueberlingen, wird aufgrund der Vereinbarung der Länder über die gegenseitigen Anerkennungen der Reifezeugnisse der Höheren Schulen das Recht zur Abhaltung der Reifeprüfung mit der Wirkung der gegenseitigen Anerkennung verliehen.

Abhaltung von Lehrgängen an der Landbesturnanstalt in Karlsruhe. In der Zeit vom 22. September bis 18. Oktober ds. Js. findet an der Landbesturnanstalt in Karlsruhe ein Turn- und Spieldurs für Lehrerinnen aller Schulstufen statt.

Der Bund Deutscher Reichsbahninspektoren und Amtmänner e. V. hält in Karlsruhe am 28. und 29. Juni seinen 11. Bundestag ab und in Verbindung damit die 40-Jahrestage des Bestehens. Der Bundestagung voran geht eine verkehrswissenschaftliche Woche vom 23. bis 27. Juni, während der Professoren und Fachleute von der Techn. Hochschule Karlsruhe Vorlesungen über Verkehrsfragen, Arrivagen, Neuschiffliche Ausbildung von Beamten und Arbeitern, deutsche Wirtschaftspolitik und Reichsbahn ufm. halten werden.

Kleine bad. Chronik

Witzschlag in die Zellstofffabrik Mannheim-Waldhof — Mehrere Tausend Tonnen Zellstoff verbrannt

Mannheim, 24. Juni. Während eines am Dienstag nachmittag über Mannheim heraufziehenden Gewitters schlug der Blitz in die Zellstofffabrik Waldhof in die Lagerhalle, die mit mehreren Tausend Tonnen Zellstoff angefüllt war. Das leicht brennbare Material wurde augenblicklich von den Flammen ergriffen. Die Hitze brannte samt dem wertvollen Inhalt rasch nieder. Die Feuerwehre mußte sich darauf beschränken, den noch allmählich Brandherd abzumachen. Der nicht abgeschlossene Bau, eine frühere Flugzeughalle, stand an isolierter Stelle des großen Fabrikareals. Der Betrieb erleidet also keine Störung. Der Schaden liegt in seiner Höhe noch nicht fest, ist aber beträchtlich und durch Versicherung gedeckt.

Tödlicher Starkstromunfall auf der Pforzheimer Messe

Pforzheim, 24. Juni. Am gestrigen Abend war ein Angehöriger eines Messenunternehmens mit dem Abbruch seines Standes beschäftigt. Dabei kam er der Starkstromleitung zu nahe und erhielt einen beträchtlichen Schlag, der ihn sofort tot umstürzte. Der auf den toten Körper zugeführte Strom wurde sofort durch die Stromleitung unterbrochen. Der Tote wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er am Morgen des 25. Juni aus dem Leben ausgeschieden ist. Der Verunglückte hieß Ernst E. aus Pforzheim.

Zimmer wieder die ungeführten Bahnübergänge

Ettlingen, 24. Juni. Ein gefährlicher Zusammenstoß ereignete sich gestern mittag kurz nach 12 Uhr auf dem unbewachten Bahnübergang der Albtalbahn bei der Karl-Friedrichstraße. Ein Privatwagenschein fuhr auf dem Bahnübergang über die Gleise, als ein Güterzug mit vier Lokomotiven und vier Zügen auf dem Gleise zusammenstieß. Glücklicherweise war der Zusammenstoß nicht tödlich, da nur schwerere Sachschäden entstanden. Das Kraftfahrzeug wurde zerstört.

Schwerer Unfall auf einem Rheinfahrt

Ein schwerer Unfall ereignete sich Dienstag in früher Morgenstunden an der Einfahrt des hiesigen Hafens. Beim Einholen eines Rheinfahrers schlug an der Rabelrinde der Debel zurück und traf einen Matrosen so schwer auf den Leib, daß er bewußtlos zusammenbrach. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Schwerer Motorradunfall

Untergruppenbach bei Bruchsal, 24. Juni. Der Schwermetalle-Verkehrshändler W. K. erlitt gestern nachmittag mit seinem Motorrad einen schweren Unfall. Er bog hier in eine Seitenstraße ein und zugleich kam ein Auto herauf. Dabei wich er noch nicht rechtzeitig aus und fiel über den Motor. Die Maschine schlug auf den Kopf und den Rücken des Fahrers. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er sich in einem schweren Zustand befindet.

Kotenberg (bei Wiesloch). In der Wohnung des Feldbüchsenjägers J. Weber brach plötzlich ein Feuer aus, welches dadurch entstanden war, daß man am Abend vorher versessen hatte, das elektrische Bügeleisen ausschalten. Glücklicherweise wurde der Brand von den Bewohnern rechtzeitig bemerkt, so daß nur die Einrichtung des Zimmers erheblich beschädigt wurde.

Schwelmen. Beim Baden im Rhein ertrank am Sonntag oberhalb der Sprenger Rheinbrücke der 19 Jahre alte Tagelöhner Eduard G. Die Leiche konnte noch nicht gebadet werden.

Oppenau. Im Dezember 1926 wurde in der Reich bei Oppenau eine Rindseuche gefunden, deren Herkunft nicht geklärt werden konnte. Zunächst wurde ein Mädchen unter dem Verdacht verhaftet, das sich im Untersuchungsgefängnis erhängte. Auf Grund einer anonymen Anzeige wurden nunmehr die Ermittlungen ernst aufgenommen. Ehe jedoch die Gendarmerei zur Festnahme der Täterin schritt, stellte sie sich selbst der Staatsanwaltschaft.

Reichenau. In vor einiger Zeit aus der Seilanlage Reichenau entlassene 63 Jahre alte Maler Otto W. wird seit etwa zwei Wochen krank. Es ist möglich, daß er sich ein Leid angetan hat.

Reichenau. Bei den Tunnelarbeiten zwischen Triberg und Weimersbach trat sich ein Unfall in einem Tunnel dadurch zu, daß ein oben am Gemölde stehender Tunnelarbeiter von dem Dampf der Lokomotive eines passierenden Zuges getroffen und am Kopf und Händen verbrüht wurde. Er kam ins Krankenhaus nach Triberg.

Mosbach. Beim Turnen stürzte der Verleiher Franz Schneider vom Red und erlitt dabei eine schwere Verletzung der Wirbelsäule. Lebensgefahr besteht augenblicklich nicht.

Reichenau. Samstag abend stürzte auf der Ruine Hohen-Geroldsberg bei einer Sonnenfeier ein junger Mann von einer Mauer ab und wurde erheblich verletzt.

Unstreifig die best. blauen Arb.-Anzüge zu Mk. 10.00, 11.50 u. 12.50. Wind- und Sommerpöppen von Mark 6.50 an. Herrenhosen jeder Art von Mk. 7.00 an. beim Friedrich, Zirkel 25a, Ecke Ritterstraße, Mitgl. der S.P.D.

Der Volksfreund

Er ist der Motor aller Schaffenden der Hand und des Kopfes. Er hat sich immer für den Leser eingesetzt in der Vertretung seiner Interessen.

Unterstütze auch Du den Volksfreund

in dem Bestreben für Besserung der sozialen Verhältnisse. Lese nicht nur den Volksfreund, sondern empfehle ihn immer und überall! Unterstütze dieses Unternehmen durch Zuweisung und Vermittlung von Druckaufträgen. Beweise durch die Tat, daß es Dir ernst ist im Kampf um die wirtschaftliche und kulturelle Besserstellung des werktätigen Volkes.

* Rhina (Amt Säckingen). Der Gelegenheitsarbeiter Jens Matt hat sich im Reinalaufbanger Gemeindepark erkümmert. Matt, der kinderlos verheiratet war, dürfte in einem Anfall von Schwermut gehandelt haben.

* Waldkirch. Die Wirtschaft zum „Aren“ auf der Höhe in Oberrieden brannte bis auf den Grund nieder. Es fand in der Wirtschaft eine kleine Festlichkeit statt und man nimmt an, daß durch unvorsichtiges Weizen eines noch allmählich Zigarrenstummels der Brand verursacht wurde. Das Vieh und Mobiliar konnte gerettet werden. Bei dem Brande wurde auch eine größere Menge Siedt vernichtet.

Untermuschelbach. Die Spar- und Darlehenskasse Untermuschelbach berief auf letzten Sonntag ihre ordentliche Generalversammlung ein. Nach Eröffnung derselben und unter dem Vorsitz des Vorstandes Albert Gigas, Landwirt, erprobte Revisor Schaber den Geschäftsbericht, die Bilanz und den Revisionsbericht. Hieraus war eine sachgemäße Führung der Kasse und auch eine gute Entwicklung der Genossenschaft zu konstatieren. Nach erfolgter einstimmiger Erteilung der Entlastung wurde der erstellte Reingewinn in Höhe von 1108,78 M. in Jahresgewinn verwendet. Die ausstehenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden wieder gewählt. Die Spar- und Darlehenskasse Untermuschelbach hat auch im Jahre 1929 voll und ganz ihren Zweck erfüllt, nämlich für die Mitglieder und Einwohner der Gemeinde eine ländliche Sparkasse zu sein, aufgebaut auf den demütigen Grundbesitz der Selbsthilfe, Selbstverwirklichung und Selbstverantwortung. Am Schluß des geschäftlichen Teils sprach Vorstand Müller über die Lage des Geldmarktes. — Anschließend fand die Generalversammlung der Spar- u. Verkaufsgenossenschaft Untermuschelbach statt. Im Verlauf dieser wurde u. a. beschlossen, die in Untermuschelbach produzierte Milch, soweit sie nicht im Eigenverbrauch Verwendung findet, künftig durch die Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft Untermuschelbach auf genossenschaftlichem Wege zu erzielen. Das einschlägige Referat über die gegenwärtige Milchmarktlage und die genossenschaftliche Milchverwertung hielt Revisor Schaber vom Verband landw. Genossenschaften in Baden.

Reichenau. Die diesjährige Reichenauer Pferderennen, das am Sonntag, 23. Juni stattfindet, verspricht wieder ein sportliches Ereignis für die Umgebung zu werden. Die besten Reiter aus Baden, Pfalz, Hessen und des Saarlandes haben Nennungen abgegeben und bereits Boxen bestellt. Nach den vorliegenden Nennungen werden die Ställe bestrebt sein, nur bestes Material zu liefern, so daß der Entscheidung mit Spannung entgegengelesen werden kann. Es sind zahlreiche Pferde genannt, die beim Frühjahrsrennen in Mannheim gelaufen sind. Auf den größeren Bahnen wird man keine so stark besetzten Felder sehen können, als dies bei Reichenau der Fall ist. Den Hauptausziehungspunkt werden wieder die Vollblutrennen bilden. Die Qualität dieser Pferde ist ganz vorzüglich. In den Halbblutrennen werden sich vorzugsweise badische und pfälzer Pferde messen. Die Bahn befindet sich in vorzüglicher Verfassung, so daß die Turfgemeinde auf ihre Rechnung kommen wird.

Tagungen

Jubiläumstagung des Reichsverbandes Deutscher Dentisten, 25.-28. Mai. Freieren noch Berufsorganisationen, und wenn auch noch fünfzig Jahren, sind im allgemeinen noch kein berechtigter Anspruch, um die Aufmerksamkeit der breitesten Öffentlichkeit beanspruchen zu können. Diese Reichenauer Jubiläumstagung ist aber mehr als eine bloße Jubiläumstagung. Sie ist eine berufskulturelle Entwicklungsstufe in feinsten Formen. In diesen fünf Tagen werden die der R.D.D. verbriefte Prüfungsordnung zur Annahme und Durchführung gebracht, von der modifizierten Berufsausübungsprüfung bis zur staatlichen Prüfung. Acht große Lehrinstitute und Sonderklassen an Berufsschulen wurden errichtet, alles aus eigenen Mitteln und durch ideale Aufopferung. Ein vornehmer Festgottesdienst, fachwissenschaftliche Werke in eigenem Verlage, Einrichtungen für geistliche Fortbildungswesen, sind alles für die Gemeine für das Streben des Verbandes. Die Zahl der Mitglieder stieg in fünfzig Jahren von 200 auf 12.000. Die Reichsorganisation wurde im Jahre 1880 in Berlin gegründet und nur noch wenige seiner Gründer können das Gelingen Jubiläum mitemachen. Auch die große Anerkennung, die der R.D.D. haben den Nutzen einer systematischen Zahnheilkunde im weitesten Volkseigenen. — Der Kontakt zur Generalversammlung waren fachwissenschaftliche Vorträge im Langenbed-Virchow-Saal und die Sitzungen des Vorstandes. Alle Veranstaltungen außer den Vorträgen fanden in den Räumen der R.D.D. in Berlin statt. Berufsfortbildung, Beratungen über die Auswirkungen der vorerwähnten Gesetzentwürfe haben überreichen Beratungsstoff. Die ganze Tagung gab ein treffliches Bild, wo heute der Reichsverband Deutscher Dentisten steht und hat zugleich wieder neue Richtungen zu weiterer Ausbau entworfen lassen, vor allem in Würdigung der Berufstätigen für den sozialen Gesundheitsdienst.

Tagung der höheren Reichs-, Post- und Telegraphenbeamten in Karlsruhe

Die Vereinigung der höheren Reichs-, Post- und Telegraphenbeamten Deutschlands hat in der Zeit vom 14. bis 16. Juni in unserer Landeshauptstadt Karlsruhe ihre Tagung abgehalten, die aus allen Gauen Deutschlands von Königsberg bis Konstanz, aus Danzig und dem Saargebiet, aus West- und Süddeutschland gut besucht war. Seit Gründung der Vereinigung war dies der erste Vertretertag, der auf Einladung der Karlsruher Ortsgruppe in Baden abgehalten wurde. Beim Begrüßungsabend im Hotel Germania konnte der derzeitige Vorsitzende der Karlsruher Ortsgruppe, Herr Postrat Wölfer, zahlreiche Ehrenäste begrüßen. Zu Beginn der Beratungen im Bürgeraal des Rathauses am 14. Juni erbot Herr Präsident Dammlein namens des Herrn Reichspostministers und im Namen des Bezirks Karlsruhe den Willkommensworte, wobei er auf die Freude über die langjährige Tätigkeit und nun bald bevorstehende Befreiung von feindlicher Besetzung hinwies. Die wirtschaftlichen Räte und die finanziellen Sorgen des deutschen Volkes kurz streifend, fand er warme Worte der Anerkennung für die Treue und die Opferwilligkeit, die die deutsche Postbeamtenenschaft in schweren Zeiten stets bewiesen hat. Angesichts der ersten Fragen, die gegenwärtig die ganze Beamtenenschaft bewegen, nahmen die auf hoher Warte sich haltenden und von kollegialem Geist erfüllten Beratungen über Personal- und Standesfragen um die vorerwähnte Zeit voll in Anspruch.

Tagung des Bad. Landesfischereivereins

Der Badische Landesfischereiverein war am Sonntag in seiner 6. Jahrestagung in Eberbach versammelt. Laut Geschäftsbericht zählt der Verein heute 2800 Mitglieder, darunter 228 Einheimische, 226 Behörden, Gemeinden usw. Im Jahre 1929 wurden in Baden am Berufslicher 2438, an Sportlicher 4635 Fischerkarten verabsolgt. — Badens Gesamtproduktion am Obersee betrug 1929 159.036 Kilogramm Fische gegen 132.000 Kilogramm im Vorjahre, davon Maifische allein 110.000 Kilogramm. In den letzten Jahren wurden über 50 Prozent Anteil Badens am deutschen Gesamtproduktion ermittelt. In den Bodenseeanlagen wurden über 11 Millionen Jungfische ausgefüttert. Am Untersee waren im abgelaufenen Geschäftsjahr die Fischereiergebnisse gegen früher gebessert. Dem oberbayerischen Schwanseegebiet wurden zwei Millionen Bachforellen übergeben. Für das badische Rheingebiet hat der Fischereiverein besondere Bedeutung. Wegen der Fischotterfischerei wurden mit der Pfalz Verhandlungen gepflogen. Die Zahl der ausgefütterten Schotter auf der badisch-pfälzischen Seite wurde auf 34 festgesetzt. Für Needar- und Rheingebiet war der harte Winter 1929 von Nachteil. — Geschäfts- und Kassenbericht wurden sodann genehmigt und in eine kurze Debatte über Einseitigkeiten und zur Verringerung des badischen Fischereirechtes eingetreten. Der leitende Vorstand wurde wiedergewählt. Nächster Tagungsort ist Donaueschingen.

Badisch-Pfälzischer Zimmermeister-Verbandsstag

In großer Zahl waren die Delegierten und Gäste zum diesjährigen Verbandstag nach Eberbach gekommen. Die ganze Tagung fand im Zeichen der Werbung für das einheimische Holz. Am Samstag war zunächst die Generalversammlung der Ein- und Verkaufsgenossenschaft der badisch-pfälzischen Zimmermeister, danach die Vorstandssitzung des Verbandes. Anschließend tagte die Generalversammlung des Verbandes. Vorstand Eickhoff-Billingen, der Geschäftsführer des Badischen Waldbestreuerverbandes, referierte über die Bedeutung der deutschen Waldwirtschaft in volkswirtschaftlicher Beziehung. Deutschland hat 12,7 Millionen Hektar Wald mit 42,2 Millionen Hektar Staatswald und 8,5 Millionen Hektar Gemeindefischerei. Deutschland hat 12,7 Millionen Hektar Wald mit 42,2 Millionen Hektar Staatswald, 49 Prozent Gemeindefischerei und 44 Prozent Privatwald. Der deutsche Durchschnitt beträgt 32,5 Prozent Staatswald, 15,5 Prozent Gemeindefischerei, 4 Prozent Stiftungs- und Genossenschaftswald, 48 Prozent Privatwald. Wir haben in Deutschland 28,8 Prozent Laubholz, 71,2 Prozent Nadelholz, etwa 1 Million Hektar sind bewaldet oder vorübergehend im deutschen Wald beschaffen sind, erhalten jährlich 175 Millionen Kubmeter. Der Vortragsabend ermahnte sodann die Nebenbenutzung des Waldes (Jagd, Kinde, Streu usw.), die jährlich 200-225 Millionen Mark ausmachen, so daß der Wert der gesamten Produktion des deutschen Waldes fast eine Milliarde Mark beträgt. Rund 400.000 Betriebe, also 10 Prozent aller Gewerbebetriebe, befassen sich mit der Holzverarbeitung in verschiedenster Weise und beschäftigen 1,7 Millionen Menschen mit einem Jahresverdienst von 4,5 Milliarden 1928 wurden an die 20 Millionen Hektar eingeführt, 4,3 Millionen ausgeführt. Für 1929 liegen die Zahlen um etwa 20 Prozent niedriger. Der Referent wies die volkswirtschaftlichen Schäden der starken Holzexporte nach, die 1928 gegen 4 Milliarden Mark betragen! Die Waldrenten hinken, die Holzpreise sind 30-35 Prozent zurückgegangen. Noch trüblicher steht es um den Reinertrag, der anfangs 1928 noch 40 Prozent der Holzinnahmen betrug, heute höchstens bis 10 Prozent. Und trotzdem werden zur Deanna der Wäldereinnahmen der Gemeinden mehr Fische als je vorhergenommen. Das bedeutet wirtschaftlichen Ruin und schließlich den Ruin des Waldes. — Landtagsabgeordneter Fischer-Konstant sprach dann noch über die Verwendung des Holzes im neuzeitlichen Bauen. — Nachmittags machten die Teilnehmer eine gemeinsame Rheinfahrt.

in dem Bestreben für Besserung der sozialen Verhältnisse. Lese nicht nur den Volksfreund, sondern empfehle ihn immer und überall! Unterstütze dieses Unternehmen durch Zuweisung und Vermittlung von Druckaufträgen. Beweise durch die Tat, daß es Dir ernst ist im Kampf um die wirtschaftliche und kulturelle Besserstellung des werktätigen Volkes.

Möbel-Sonderangebot

Einzig günstige Kaufgelegenheit!

Schlaf-, Wohn-, Herrenzimmer
Küchen, Polstermöbel

Unglaublich billige Preise

Größte Auswahl: ca. 200 Zimmer und Küchen
Freie Lieferung - Warenkaufb. Bad. Beamtenbank

HOLZ-GUTMANN

QUALITÄTS-MÖBEL
30 Karlstraße 30

Unverbindl. Besichtigung erbeten. Durchgehend geöffnet

Der Blitz vom Mittwoch

Nessel-Schürze gezeichnet, hübsche Muster	75
Bulgaren-Bluse auf gutem Voile ge- zeichnet	2.90
Tennis-Kleid w. Panama, m. Gürtel u. hübsch bestickter Tasche	3.90
Badeluch 140/170 Jacquard, weiß-bunt ka- riert, schwere Qualität	4.60

BURCHARD

Kaiserstr./Werderplatz/Durlach/Rüppurr

Schwarzer Schlofferherd

680
m. Nessel-Schürze u. Refrigera-
torange für 92.15 - an-
bert. Wilhelmstr. 78, 11.1

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)

Geschäftsstelle (per Briefl. Auftr.) Hauptstr. 27, 20-111
Sprachstunden: jeden Montag u. Freitag im „Kaffee
Nowack“ jeden Mittwoch „Unter den Linden“
Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee, jeweils v. 6-7 Uhr



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

25. Juni. 1867 1. Band „Kapital“ erscheint. — 1920 Steuerabzug vom Einkommen. — 1922 Verordnung zum Schutze der Republik. — 1927 Reichsbanner in Arensdorf überfallen (2 Tote). — 1928 Feld-Rabale läßt sich retten. — 1929 Reakt. Kabinett Brünger in Sachien.

O diese Hitze!

Kaum ist sie zu ertragen, diese Hitze. Alle stöhnen und schimpfen. Am meisten die, die beruflich der strahlenden Sommerhitze ausgesetzt sind und sich keinen Schatten suchen können. Und den haben wir so nötig. Dadurch unterscheiden wir uns in unserem Sommerverhalten von den Menschen der Tropen. Wir denken bei glühender Hitze hin und wieder an die bedauernswerten Menschen, die da in den Tropengebieten noch größerer Sonnenglut ausgesetzt sind. Dabei müssen sich diese Tropenmenschen noch abfichtlich der Sonne aussetzen, wenn sie nicht durch die Hitze erkrankt wollen.

Prof. Dr. Kestner hat zum Studium der Wirkung des Tropenclimas eine Forschungsreise nach Kamerun gemacht, über die er jetzt in Hamburg berichtet. Das Wesen der tropischen Hitze ist der starke Feuchtigkeitsgrad, der bis zu 85 und 90 Prozent beträgt. Aber bei solch feuchter Tropenhitze geschieht die Verdunstung der vom Leibe ausgeschiedenen Flüssigkeit nur schwer im Hause oder im Schatten. Darum ist es nötig, daß sich der weiße Mensch der Tropen täglich einige Stunden der Sonne aussetzt. Wer das beruflich kann und macht, wie der Pflanzler, hat gesundheitlich weniger unter dem Tropenclima zu leiden als z. B. der Kaufmann, der bei seiner Arbeit im Schatten sitzt. Darum bekommt auch den Frauen das Tropenclima weniger gut, weil sie weniger in der Sonne leben.

Da haben wir es eigentlich noch ganz gut, wenn wir unsere sommerliche Lebensführung mit den Lebensnotwendigkeiten der Tropen vergleichen. Sonne und Sonne sind also nicht einerlei. Auch bezüglich der ultravioletten Strahlung ist ein Unterschied. In den Tropen ist die ultraviolette Strahlung beim höchsten Stande der Sonne geringer, während sie bei uns im nördlichen Klima dann höher ist.

Darum ist es uns das heilspendende, unser nördliches Sonnenlicht, und wir müssen uns seiner freuen, auch wenn es die Sonne mit ihrer Spendefreude einmal zu gut meint.

43. Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gartenkunst e. V.

28. Juni — 1. Juli 1930, Karlsruhe.

Auf wiederholte Einladung der Karlsruher Stadtverwaltung hält die Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst, gegründet 1888, ihre 43. Jahresversammlung vom 28. Juni — 1. Juli 1930 in Karlsruhe ab.

Am 28. Juni vereinigten sich die Vertreter und Mitglieder der Gesellschaft zur Vertreterversammlung in der Gas Halle der Stadtgartenwirtschaft zur Beratung interner Gesellschaftsangelegenheiten. Am Abend schloß sich ein Gartenfest im Stadtpark an, veranstaltet von der Stadt Karlsruhe.

Für den öffentlichen Teil der Jahresversammlung, beginnend am Sonntag, den 29. Juni, vormittags 10 Uhr im großen Saal des städtischen Konzerthauses, hat die Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst ein reichhaltiges und interessantes Programm zusammengestellt; Interessenten sind zur Teilnahme an den öffentlichen Vorträgen herzlich eingeladen. Es wird die Frage der Erhaltung unserer alten Hofgärten und Schlösser erörtert werden durch Herrn Ministerialrat Professor Dr. Hirsch, Referent des Finanzministeriums, Karlsruhe, in einem Lichtbildvortrag: „Die Schlösser und Hofgärten Badens“. Der zweite Vortrag von Frau Direktorin I. Diekmann, Leiterin der Gartenbauhochschule Kaiserswerth, behandelt rein kulturelle Fragen und zugleich praktische-gärtnerische im Hinblick auf „Die Rolle der Frau“ für Ausbreitung und Vertiefung unserer Gartenkultur.

Der zweite Tag, Montag, der 30. Juni — beginnend um 9 Uhr im großen Saale des städtischen Konzerthauses — ist in feinen Vorträgen städtebaulichen Problemen gewidmet. Der bekannte Städtebauer, Professor Dr. Ing. rer. pol. A. Heiligenthal, Oberbaudirektor d. Technischen Hochschule, Karlsruhe, behandelt das Problem der Freizeitanlagen im neuzeitlichen Stadtbau, während Herr Gartenbaudirektor J. Leibig-Duisburg, die wirtschaftlichen Ziele des öffentlichen Grünwesens erörtert wird. — Die Grünflächenfrage hat für die Gestaltung der Großstadt eine Bedeutung gewonnen, das sie zu einem Ausgangspunkt des Stadtplanens geworden ist. Dies nicht allein, weil wir damit allein den gesundheitlich und sittlich verderblichen Einflüssen der bisherigen Großstadtgestaltung auszuweichen in der Lage sind, sondern auch deshalb, weil die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein stärkeres Eingehen auf diese Fragen verlangen. Der für das heutige Großstadtbau ausschlaggebende Faktor ist, daß die Industrie, mit deren Entwicklung die Großstadt geworden ist, eine rückläufige Bewegung einschlagen hat. Damit wird auch eine Umgestaltung der Großstadt notwendig, in der Richtung, daß die in der Industrie arbeitslos gewordenen Menschenmassen für die Bodennutzung einsetzt werden.

Am dritten Verhandlungstage, Dienstag, dem 1. Juli, (Tagung leitender Beamter öffentlicher Gärten- und Friedhofswartungen) im kleinen Saale des städtischen Konzerthauses, werden hauptsächlich technische Fragen vorgetragen werden, und zwar: Dipl. Gartenbauinspektor S. Wernicke-Hannover: „Neuzeitlicher Wegebau“; Gartenbauoberinspektor W. Luserke-Hamburg: „Laufbahnen und Tennisplätze“; Dipl. Gartenbauinspektor B. Nordmann-Berlin: „Neue Erfahrungen in der Motorisierung der Betriebe“. Im Anschluß an diese Vorträge Diskussion. Dieser an den Vormittagen gehaltenen Vortragsreihe steht an den Nachmittagen ein reichhaltiges Besichtigung- und Ausflugsprogramm gegenüber.

Das vorliegende Heft 6/1930 der „Gartenkunst“ enthält u. a. einen Aufsatz von Herrn Gartendirektor Scherer über die Grünflächenpolitik der Stadt Karlsruhe mit Abbildungen des Rheinstrandbades Kapfenmünd, der projektierten Sportplätze Sordimund u. m., ferner interessante Abbildungen aus dem Arbeitsgebiet des in Süddeutschland beheimateten Gartenbauarchitekten Valentin Stuttgart.

Wir wünschen der Tagung einen erfolgreichen Verlauf und den Teilnehmern angenehme und gen. utreiche Stunden in unserer Stadt.

Gewerkschaften und Wirtschaftslage

D. Am Montagabend hielt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund im Volkshaus eine außerordentliche Versammlung ab, in der der Bezirkssekretär des ADGB, Kollege Weimer aus Stuttgart über „Wohnbau, Verschlechterung der Sozialgesetzgebung und die allgemeine Wirtschaftslage“ sprach. Der Referent wandte sich eingangs seiner Ausführungen gegen die in Arbeiterkreisen heute sehr häufig anzutreffende Ansicht, daß es in der Notkrisenzeit dem Arbeiter gegen heute bedeutend besser gegangen sei. Wenn man diese Ansicht nicht vertritt, braucht man noch lange nicht mit den heutigen Zuständen zufrieden zu sein. Wir haben gegenwärtig lediglich eine Krise des Arbeitsmarktes, denn die Produktion ist vom 1928 auf 1929 um 34 Prozent gestiegen, während zu gleicher Zeit 2,5 Millionen Arbeitslose vorhanden waren. Unter heutiges Geld hat keine Ursache darin, daß die Rationalisierung keine Preisverbilligung gebracht hat und nur auf Kosten der deutschen Arbeiter durchgeföhrt wurde. Die Wirtschaftskrise hätte nicht das Ausmaß erreicht, wie sie es tatsächlich erreicht hat, wenn es so den Kapitalgeheimnissen nicht genügt gewesen wäre. Die Gewerkschaften haben bei den Verhandlungen mit den Unternehmern von vornherein unweidlich den Standpunkt vertreten, daß in einer Zeit, in der durch die Zoll- und Steuerpolitik der Regierung Brünning jedem Arbeiter durchschnittlich 5 Pfg. pro Stunde aus der Tasche gestohlen werden, von einer Lohnsenkung nicht die Rede sein kann. Nur kompletter Irrsinn kann auf einen solch absurden Gedanken kommen. Auch angesichts der Tatsache, daß Deutschland nur 20 Prozent seiner Produktion exportiert und 80 Prozent in Deutschland abgesetzt werden, ist die Senkung der Kaufkraft der Massen das Gebot der Stunde. Es ist kein Zufall, daß gleichzeitig mit dem Kampf um das Lohnniveau der Kampf um die Sozialversicherung anhebt. Die Reallohne sind in England, Holland, Amerika bedeutend höher als in Deutschland, auch die soziale Versorgung ist in England genau so hoch wie in Deutschland. Und während früher manche Unternehmer ihre Arbeiter in Zeiten der Krise selbst durchhielten, werden heute die Arbeiter beim geringsten Nachlassen der Konjunktur rückwärts zum Arbeitslosenstand gedrückt an den Hals gedrängt. Der Redner behandelte dann eingehend die neue Arbeitslosenversicherungsnovelle und betonte, daß man ihr schon von weitem ansieht, daß sie ein Kind des Kompromisses ist. Man will die Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Krankenversicherung kassieren.

Die Denkschrift der Arbeitgeberverbände und die Ansicht der Regierung Brüning geben auffallenderweise darin konform, daß die

Hebermacht der Besitzenden bei den Krankenkassen gebrochen werden muß. Weimer schloß ab hier die Abbaupläne der Regierung und der Unternehmer und bezeichnete sie als einen geantworteten Überlaß der Besitzenden zugunsten der Arbeitnehmer. Der Reichstag in seiner jetzigen Zusammenlegung ist allerdings geneigt die schlimmsten Verschlechterungen der Sozialgesetzgebung zu beschließen. Die Arbeiterhaftung hat deshalb alle Ursache, auf dem Damm zu sein. Auch der Deutscher Schiedsgerichtsrat wird inoffiziell Schule machen, das beweisen schon die Maßnahmen der Reichsbahn.

Der Rationalisierung gegenüber erhebt die Arbeiterhaftung in erster Linie die Forderung nach einer ganz bedeutenden Verbesserung der Arbeitszeit. Der Achtstundentag ist längst überholt. Er kommt nicht mehr in Frage, um vom Druck der Arbeitslosigkeit befreit zu werden. Wir sind auf dem Kulminationspunkt der äußeren und inneren europäischen Verhältnisse angelangt und die Arbeiterhaftung ist es selbst schuldig, in ihren Organisationszusammenstellungen, um die kommenden Kämpfe mit den Kapitalmächten bestehen zu können. Das instruktive Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach weiteren Ausführungen des Kollegen Schulenburg, der aus seiner Praxis der Radmeis führte, wie auch in Baden die Unternehmervereine diffizieren und den reaktionären Herrenstandpunkt herauskehrten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die von den Organisationsstellen des ADGB, des AFA-Bundes und des AFA-Bundes am 23. Juni 1930 einberuene Vertreterversammlung unterbreitete die Erklärungen zur Wirtschaft- und Sozialpolitik, die von den Bundesauschüssen des ADGB, und des AFA-Bundes abgelesen wurden. Gleichzeitig machten die Vertreter die Forderungen zu ihren eigenen, die in den Entschließungen der Konferenz der Gau- und Bezirksleiter des Süddeutschen Bezirks des ADGB, und des AFA-Bundes, am Mittwoch, den 11. Juni 1930 in Stuttgart, Ausdruck fanden. Insbesondere protestierten die Versammelten gegen die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichtsrates für die nordwestlichen Gruppen der Eisen- und Stahlindustrie. Dieser Schiedsgerichtsrat bedeutet eine Kampfanlage an die gesamte Arbeiterhaftung. Die Arbeitnehmer leben es ab, auf ihrem Rücken den geplanten Preisabbau durchzuführen zu lassen und fordern ihre Organisationsstellen, mit allen Mitteln die Willkür der Unternehmer zu schlagen zu machen.

Angelehnt der Forderung in der sich die deutsche Arbeiterhaftung befindet, geloben sie im Sinne der Forderungen unserer Organisationsstellen zu kämpfen. Die gesamte Arbeiterhaftung rufen sie zur äußersten Wachsamkeit auf.

Zur Festnahme der Falschmünzer

Über die wir in unserer Montag-Nummer berichteten, ist noch zu melden, daß die Falschmünzer aus Singheim bei Baden-Baden stammen. Es handelt sich um eine ziemlich plumpe Fälschung. Die Kriminalpolizei bezog sich sofort nach Singheim. Bei ihrer Ankunft verhafteten die Untersuchungsbeamten die Fälschungsarbeiten, doch gelang es, die Fälschungsarbeiten und die zur Fälschung benutzten Werkzeuge, die bereits in die Dunaube gemorren waren, zu beschlagnahmen. Da die Fälschungsarbeiten sehr plump gemacht sind, darf wohl angenommen werden, daß nur wenige in den Verkehr gelangt sind.

Die Polizei berichtet:

Schwerer Verkehrsunfall in Daxlanden

Am Dienstag nachmittags fuhr ein 17 Jahre alter Hilfsarbeiter auf seinem Fahrrad durch die Pfalzstraße, wobei er nach Angaben von Augenzeugen die falsche Straßenseite einhielt. Als ihm ein Motorabfahrer entgegenkam, wurde er unsicher und kam zu Fall. Der Motorabfahrer, konnte der kurzen Entfernung wegen, sein Fahrzeug nicht mehr zum Stehen bringen, und fuhr über den am Boden liegenden Hilfsarbeiter weg, wobei er selbst verletzt und sich verschiedene Hautabrisse zuzog. Der Verletzte erlitt eine Querschnittsfraktur der linken Schulter und des Gehirnhirns und mußte ins Städtische Krankenhaus gebracht werden, wo er Aufnahme fand. Sein Zustand ist nicht lebensgefährlich.

In der Kriegsstrasse in der Nähe der Kirchstraße kam am Dienstag nachmittags der Führer eines Personentransportwagens mit seinem Fahrzeug infolge scharfen Bremsens auf dem nassen Asphalt ins Schlingern, wobei er zwei aus entgegenkommender Richtung kommende Radfahrer anfuhr und vom Rad warf. Beide erlitten verschiedene Hautabrisse und Prellungen. Ihre Fahrräder wurden beschädigt.

Diebstähle

In der Nacht zum Dienstag brachen unbekannte Täter in eine Gartenhütte in der Nähe der Kriegstrasse ein und entwendeten aus dieser zwei Haken im Wert von 10 M. In der Nacht zum Mittwoch alarmierten Remoner eines Hauses in der Talstraße die Polizei, weil sie im Hofe des Hauses eine verdächtige Person bemerkt hatten, die sich an dort stehenden Fahrrädern zu schaffen machte. Die Polizei ludte mit Hilfe der Hausbewohner die ganze Umgebung ab, ohne des Täters habhaft werden zu können. Dagegen fand man auf dem angrenzenden Lagerplatz eines Schneidemeisters den Hakenstahl erbrochen und vor dem Stall zwei tote Haken. Nach Angabe des Besitzers sollen drei weitere Haken fehlen, so daß er um 15 M. geschädigt ist.

Ein unbekannter Täter entwendete einer Arbeiterwitwe von deren Acker am Dirmenweg die Kartoffeln von 200 Stöcken. Die Witwe beklagt einen Schaden von etwa 30 M.

Fahrräder wurden gestohlen: Aus der Technischen Hochschule, beim Postamt Harb, in der Gartenstraße, aus einem Hause in der Herrenstraße, in der Eisingerstraße und aus einer Ausfahrt in der Akademiestraße. In einem Hof in der Kriegstrasse und in der Unterhildstraße in Durlach wurden verrentlose Fahrräder aufgefunden.

Johannisfeier

Die astrige Johannisfeier im Stadtgarten wurde bereits zu Mailer, denn ausgerechnet zu der Zeit, als der Reg zur Johannisfeier angetreten werden sollte, regnete es. Viele blieben deshalb zu Hause, so daß der Besuch dieser so beliebten Veranstaltung bedeutend schwächer war wie die früherer Jahre. Nicht einmal 8000 Besucher hatten sich eingefunden. Schade! Das Gebotene war wiederum ein leiblicher Genuß. Der Beginn des Feuerwerks verzögerte sich zwar etwas, aber dafür wurden die Partenden reichlich entschädigt, denn die Firma Fischer in Clevedon hat wieder ganz wunderbare Leistungen auf dem Gebiete der Pyrotechnik.

Flamme empor! Nach Eintritt der Dunkelheit wurde der Holstob auf dem See dem Feuer übergeben. Mächtige Löbarten die Flammen des Johannisfeuers gen Himmel und begeisterte die Menschen. Und als dann das farbenprächtige Kunstfeuerwerk zur Ausführung kam, wurde die Begeisterung immer größer. Die Firma Fischer hat sich aber auch alle Mühe gegeben, das Feuer zu hüten. Raketen und Bomben züchten und trachten, ein Feienwasserfall mit seinen Lichtermassen ermittelte ein einsatzreiches, entzündendes Bild.

ebenfalls die farbigen Regen, Sonnen und Feuerwirbel. Feuerist Schwärmer haben im See, Goldregen bräute, andere Feuerwerke färbten gar ein Heulen und Weifen von sich. Batterien trachten, daß der Boden satterte. Ganz neu und Glanzpunkte waren die Fälschdrombom und die Potsch- und am Schluß der Jodeln, der über den See flog. Kurzum: Effektvolle Bilder, welche die Firma Fischer im Licht- und Feuerland den Zuschauern bot, die ihren Dank durch offenes Beifall zum Ausdruck brachte. Den Abschluß des Abends, dessen feierlicher Teil in gemohnt bester Weise die Feuerwehrlinien übernommen hatte, bildete die bewegliche Beleuchtung des Sees.

6 Stunden Personenzugfahr:

Etwa 40 Haltestationen, aber was bleibt einem anders übrig, wenn man wenig Geld hat und doch etwas erleben will. Bieleicht ist es aber auch ein Vorzug, nicht im D-Busstempo dahin zu eilen, denn man kann mit Mühe die Landschaft anschauen, die man durchfährt und findet auch sonst aßbar Zeitvertrieb.

Gute Unterhaltung fand ich diesmal, indem ich die Mitreisenden beobachtete, nicht auffallend, nein, denn wenn man so recht aufpassen und Kopf bis zu den Füßen gemuffert wird, das kann ich selbst nicht leiden. Ich schaute nur mehr zufällig auf die Lesetüre des Einzelnen und da konnte man interessante Studien machen. Meist Gegenüber las eine Zeitschrift „Wiffen für Jedermann“. Ich dachte ich, der ist religiös angehaucht, denn der Gedichtsausdruck und das Kenner verlieren ebenfalls ein harmloses Gemüt, Soziale hat er wohl noch nicht empfunden, das vermutete ich aber bei meinem Nachbarn zur Linken, denn der las in einer Nummer der „Sonntagszeitung“. Also Passif, links gerichtet. Er hatte auch noch seiner jungen Jahre schon viele Faltten auf der Stirne, die von einem so rosigen Schidial erzählen. Ein anderer Jahrgang hatte sich entschieden zu schweren Leistoff für die Reihe mitgenommen, denn das Buch lag auch schon auf dem Boden. Beim Aufheben las ich den schwerwiegenden Titel „Geheke der Lebenskunst“ von A. Krest. Werher mir las nur noch ein einziges weißliches Meien in unteren Abteil. Dieses junge Mädel las zuerst ein Zeitungsunterhaltungsmagazin und neben dran lag noch „Der Hungerposten“ von W. Raabe, den nahm sie aber nimmer vor, denn sie bekam schon vom dem Zeitungsroman Schlaf. Schönheits- und Ordnungssinn haben sie auch nicht zu haben, denn es tat mir direkt weh, wie sie beim Lesen die Zeitung zerfällte. Ordnungssinn scheint aber einer der mitfahrenden Herren zu haben, denn der faltete mit matter Hand das Einweidspapier des soeben verpösten Frühstückes zusammen. — vielleicht aber, dachte ich, ist er auch ein richtiger Pedant, denn als Chemann recht ungemächlich werden konnte.

So verding mir die Zeit im Nu und ich glaube ich hatte noch meiner lanalamen Bahnfahrt mehr Genus, als wenn ich nur 2 Stunden in die Geschir der bei der größten Hitze behandlungsbefähigt reichlich blafferten D-Busfahrstühle hätte schauen müssen. Hebi Wilt.

(1) Die Lebensmittel- und Feinstoffausstellung Geda Karlsruhe 1930 wird in täglich feierndem Maße auch von den Karlsruher Schulen besucht. Wer Gelegenheits hatte, die Ausstellung zu besuchen, wird hierfür Bericht geben. Bietet doch die Ausstellung einen Ueberblick über alle Gebiete der Lebensmittel- und Feinstoffhandels und die damit zusammenhängenden Produktions- und Fabrikationsweise, wie in gleich lidenloser und andauernder Form kam an anderer Stelle möglich. So darf wohl angenommen werden, daß die Tage, an denen die Ausstellung noch geöffnet ist, (einschließlich Montag, den 30. Juni), noch einen Wollenbruch bringen werden. Hierbei sei darauf hingewiesen, daß der Freitag nachmittags als „Kinderstag“ gedacht ist, welchem Charakter verlebendene Sonderveranstaltungen — Ballonverteilung u. m. — Rechnung tragen.

Bad. Hochschule für Musik. Der 6. Konzertabend innerhalb der 12-jährigen Schubertreihe, welcher heute Abend 8 Uhr im Konzertsaal der Hochschule veranstaltet wird, bringt Klavierwerke von Mozart, Schubert und Schumann und eine Reihe von Opern-Arien und Duetten. Die Gesangsnummern werden ausnahmslos von Studierenden der Gesangs- und Musikschule Helene Junfer bestritten werden.

Wasserstand des Rheins

Rasel 157, gest. 9; Waldshut 863, gest. 4; Schutterinsel 220, gest. 10; Rast 337, gest. 18; Maxau 508, gest. 3; Mannheim 402, gest. 1 Zentimeter.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Weitere Einbrüche maritimer Luft sind gestern unter verbreiteten Gewittern erfolgt. Die Temperaturen sind erheblich zurückgegangen. Die weitere Ausdehnung des Wirkungsgebietes der Isalandskälte wird jetzt durch wechselnde Luftzufuhr bestimmtes Wetter bringen.

Voransichtliche Witterung für Donnerstag, 26. Juni: Mäßig warm und wechselnd wolke bei westlicher Luftzufuhr, frischere Gewitterregen.

Unsere Zeitungsfiliale in Hagsfeld soll neu besetzt werden. Wir bitten unsere Parteigenossen, die sich um die Filiale bewerben wollen, sich bei dem Parteivorstand, Gen. Linder, bis 28. Juni zu melden.

Dampferexpeditionen des Norddeutschen Lloyd Bremen. Nach Neuport ab Bremen-Bremerhaven: D. Stuttgart 26. 6. D. Europa 26. 6. D. Karlsruhe 1. 7. D. Berlin 3. 7. D. Columbus 4. 7. D. Bremen 8. 7. D. Seebild 10. 7. D. Europa 15. 7. D. Dresden 17. 7. D. Nord 23. 7. D. Bremen 25. 7. D. Columbus 29. 7. D. Stuttgart 31. 7. D. Karlsruhe 3. 8. D. Europa 6. 8. Nach Neuport via Halifax ab Bremen-Bremerhaven: D. Karlsruhe 1. 7. D. Seebild 10. 7. Nach Kanada (Halifax): D. Karlsruhe 1. 7. Nach Kanada (Montreal): D. Rdn 8. 7. Nach Boston ab Bremerhaven: D. Karlsruhe 1. 7. Nach Boston via New York-Philadelphia-Baltimore-Washington (Frachtdampfer) ab Bremerhaven: D. Hannover 2. 7. ab Bremen 5. 7. (nicht nach Boston). D. 7. Nach Havana-Cuba ab Bremen-Bremerhaven: D. Seebild 10. 7. Nach Cuba-Neuport Orleans: D. Rio ab Hamburg 9. 7. ab Bremen 12. 7. Nach Mittelbrasilien und dem Sa Vista (Passagierdampfer) ab Bremerhaven: D. Madrid 20. 6. D. Terra 21. 7. D. Sierra Bentona 11. 8. Nach dem Sa Vista (Frachtdampfer) ab Bremen: D. Rio 23. 6. Nach Nordbrasilien ab Bremen: D. Abana 12. 7. Nach Südamerika (Montevideo) durch den Panamakanal: D. Wladimir ab Hamburg 25. 6. ab Bremen 28. 6. durch die Magellan-Straße: D. Spreewald ab

Bremen 24. 6. ab Hamburg 28. 6. D. Göttingen ab Bremen 8. 7. ab Hamburg 12. 7. Frachtdampfer (Ganz. Fracht) ab Bremen: D. Ostia 5. 7. D. Caracas 19. 7. Nach Chile: D. Frankfurt ab Bremen 24. 6. ab Hamburg 28. 6. Nach Ecuador ab Bremen 28. 6. ab Hamburg 2. 7. D. Scher ab Bremen 1. 7. ab Hamburg 5. 7. D. Derfflinger ab Bremen 5. 7. ab Hamburg 9. 7. Nach Australien D. Zetimon ab Hamburg 25. 6. ab Bremen 28. 6. D. Stahfurt ab Hamburg 5. 7. ab Bremen 7. 7. Nach der Levante ab Bremen ca. 8. Abfahrten im Monat. Nach Finnland ab Bremen Sisa. Dienst nach allen Hauptstädten. Nach Bremen ab Bremen: Abfahrten alle 8-10 Tage. Nach Penzance ab Bremen: je nach Bedarf. Nach England ab Bremen-London 3-4 Abfahrten in der Woche. Bremen-Gull 2 Abfahrten in der Woche. Bremen-Widderborough-Newcastle 10tägig. Bremen-Hamburg-Stranzfeld: Abfahrten: Montag von Bremen, Freitag von Hamburg. Afrika-Gull: Abfahrten nach Ostafrika D. Afrika ab Hamburg 21. 6. Kapstadt: Nordafrika: D. Afrika ab Hamburg 23. 6. Gesellschaftsreisen: Nordafrika: D. Afrika ab Bremerhaven 3. 7. Westafrika: D. Afrika ab Bremerhaven 12. 7. 2. Nordafrika: D. Afrika ab Bremerhaven 22. 7. 3. Nordafrika: D. Sierra Coroba ab Bremerhaven 8. August.

Neue Kartoffel 9 Pf. Mafes-Seringe 8 Pf. Bucherer 5% Rabatt

Kindermehl 1049 Gemüse enthält sagt der Arzt! Roth's Gemüseweibackmehl in den Apotheken und Drogerien.

Badisches Landestheater Mittwoch, 25. Juni 9 Uhr 21. Sem. 501-600 und 901-1000 (Sonderoper) Siefland Musikdrama v. Albert Dirigent: Stern Regie: Dr. Landgrebe Mitwirkende: Blaut, Fanz, Schmalz, Seyfert, Seiberlich, Winter, Fret, Holbach, Kiefer, Böler, Währ, Theo Straat Anfang 20 Uhr Ende 22 1/2 Uhr Preise 0 (1,00-7,00 Mk)

Büfett 210.- Möbelhaus 220.- Freundlich Frauenstraße 37-39 Hochzeit, Eutaw Smoking u. Frack Anzüge, fast neu, staunend bill. abzugeben. Jähringerstr. 58 u. 11. Wäsche wird zum Waschen und Bügeln angenommen. Fr. Schlab, Jähringerstraße 1, 11.

Gelegenheits-Kauf! 2 eichene Schlafzimmer 2 Küchen wenig gebraucht, sehr gut erhalten, wie neu, spottbillig abzugeben.

Wanzen? und Brutberingung. Nur mit Vinsesal 75 Pf. Allein zu haben Drogerie Th. Walf, Jollystr. 17 u. Badenia-Drogerie, Kaiserstr. 24B.

Geist Kraft u. Stoff Gedanken zur Weltweisheit von Richard Volley, Karlsruhe 2. 1.75 Volksfreund-Buchhandlung Waldstraße 28 - Fernruf 7020/21

Schlafzimmer noch nicht benutzt, hochmodern, echt eiche gebett, Schrank Steifig, 180 cm, mit Innenpiegel, weiß, warm, umständelhalber für 490 Mk. (statt 700.-) nur gegen Bar zu verkaufen. Offerten unter Nr. 4201 an das Volksfreundbüro.

Große Auswahl formschöner MÖBEL der neuesten Stil- und Holzarten in Qualität, am besten u. billigsten bei Heinrich Karrer 19 Philippstr. 19 Kein Laden Eig. Schreinerei u. Polsterwerkstätte Ratenkaufabkommen Teilzahlung / Franks Wohnung alleorts

Backe im Junker & Ruh karte bei HERD-BECKER neben der Beamtenbank Waldstr. 13 Am 2. Juli, 4 Uhr, wird sterilisiert, gebacken

Reste und Abschnitte von Kleiderstoffen Baumwollstoffen Seidenstoffen Gardinen Spitzen usw! Enorm billig! Hermann Tietz Mittwoch, Donnerstag, Freitag

SCHAUBURG Marianstraße 16 Telefon 6244 Ab heute in alleiniger Erstaufführung für Karlsruhe der Schlager der Saison O Mädchen, mein Mädchen, wie lieb ich Dich nach dem bekannten Liede aus Lehars Singspiel 4544 Friederike in den Hauptrollen das beliebte Aika-Ensemble Harry Liedtke, Maria Paulder, Fritz Kampers, Hermann Pichl, Margaretenkapler, Kurt Vespermann usw. Dazu: Lustspiel - Wochenschau Das Theater ist kühl und bietet mit seinen 600 bequemen Sitzplätzen auch im Sommer den angenehmsten Aufenthalt!

Unsere Zeitungsfiliale in Hagsfeld soll neu besetzt werden. Wir bitten unsere Parteigenossen, die sich um die Filiale bewerben wollen, sich bei dem Parteivorstand, Genoss. Linder, bis 28. 6. zu melden.

AUGUST BEBEL Aus meinem Leben



Alle drei Teile in einem Band von rund 1000 Seit. Hervorragend ausgestattet. Preis 8,50 M. Vorzugspreis für Parteimitglieder 6,75 M. Einzelzahlungen gelten aus

erschient demnächst Volksfreund-Buchhandlung Karlsruhe, Waldstraße 28, Fernsprecher Nr. 7020/7021

Knielinger Pferderennen Sonntag, den 29. Juni nachmittags 3 Uhr 4 Flachrennen, 2 Hürdenrennen, 2 Trabfahren Öffentlicher Totalsator

Kaufi Lose der Fohlenmarktlotterie Knielingen Ziehung am 30. Juni 1930. Zur Verlosung kommen 12 Fohlen, hand- und landwirtschaftliche Gegenstände, sowie Geldpreise im Gesamtwert von 7000 RM. Lose à 1 RM. können durch Bürgermeisterrat Knielingen oder die hiesigen Verkaufsstellen bezogen werden.

Metallhütte Dr. Dannenberg & Co. G. m. b. H. Karlsruhe / Telefon 6168, 6169 Wir liefern dopp. raffiniertes Weichblei, Marke MDK-, Hartblei, Rotgüß, Bronzen, Messing, Lagermetalle, sowie sämtliche Buchdrucker-Metalle

Knielinger Pferde- und Fohlenmarkt Montag, den 30. Juni vormittags 8 Uhr für Pferde u. Fohlen des schweren Warmblutschlages, Oldenburger Typ Bürgermeisterrat Ettliger Anzeigen Straßenperle. Die Auktionsliste wird wegen Fortnahme von Bakarbeiten vom Donnerstag, den 26. Juni, bis einschließlich Samstag, den 28. Juni 1930, für den Frühversteher gesperrt. Ettligen, den 24. Juni 1930. Der Bürgermeister.

Drucksachen aller Art liefert schnell und billig Verlagsdrucker, Volksfreund G.m.b.H.

Lillien Lebensmittel Edamer 58 Pfund Limburger 38 Pfund Romadur 25 Laib Bayerisches Rauchfleisch 150 Pfund Kartoffeln 30 Pfund Pfañkuch